



**Abschlussbericht über die  
überörtliche Prüfung der  
Gemeinde Krummbek  
für die Jahre 2012 - 2016**



## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>PRÜFUNGS-AUFTRAG, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG .....</b>	<b>3</b>
<b>II.</b>	<b>ALLGEMEINE ANGABEN .....</b>	<b>5</b>
<b>III.</b>	<b>GEMEINDE UND GEMEINDEVERTRETUNG .....</b>	<b>6</b>
III.1	GEMEINDEVERTRETUNG UND AUSSCHÜSSE .....	6
III.2	AUFWANDSENTSCHÄDIGUNGEN, SITZUNGSGELDER.....	7
<b>IV.</b>	<b>HAUSHALTS-, KASSEN- UND RECHNUNGSWESEN (HKR).....</b>	<b>8</b>
IV.1	HAUSHALTSSATZUNGEN .....	8
IV.2	ABSCHLUSSERGEBNISSE .....	8
IV.3	ÜBER- UND AUßERPLANMÄßIGE AUSGABEN .....	8
IV.4	HAUSHALTSRESTE.....	9
IV.5	ENTWICKLUNG DER KASSENEINNAHMERESTE .....	10
IV.6	UMFANG UND ERGEBNIS DER BELEGPRÜFUNG.....	10
IV.7	VERMÖGEN .....	10
IV.8	SCHULDEN .....	10
IV.9	RÜCKLAGEN .....	11
IV.10	ERGEBNIS DER EINZELPLÄNE DER VERWALTUNGSHAUSHALTE .....	12
	AUSGABEN DER VERMÖGENSHAUSHALTE .....	14
<b>V.</b>	<b>ABGABEN.....</b>	<b>14</b>
V.1	STEUERN .....	14
V.1.1	REALSTEUERN.....	14
V.1.2	HUNDESTEUERN .....	15
V.2	GEBÜHREN .....	18
V.2.1	ABWASSERBESEITIGUNG .....	18
V.2.2	NIEDERSCHLAGSWASSERBESEITIGUNG .....	18
V.2.3	Dienstleistungen der freiwilligen Feuerwehr .....	19
V.2.4	STRABENREINIGUNG .....	20
V.2.5	Aufgabenerledigung nach dem Bestattungsgesetz.....	22
V.3	STRABENBAU- UND ERSCHLIEßUNGSBEITRÄGE .....	23
<b>VI.</b>	<b>EINZELNE PRÜFUNGSBEREICHE UND HINWEISE.....</b>	<b>26</b>
VI.1	Kindertagesstätte Spielgruppe Wurzelkinder e.V. ....	26
VI.2	PRÜFUNG VON BESCHAFFUNGSMAßNAHMEN .....	27
<b>VII.</b>	<b>SCHLUSSBEMERKUNGEN .....</b>	<b>30</b>
VII.1	FINANZSITUATION DER GEMEINDE.....	30
VII.2	PRÜFUNGSSCHLUSSBEMERKUNGEN .....	32
<b>ANLAGEN.....</b>	<b>33</b>	
<b>1.</b>	<b>FESTSETZUNGEN IN DEN HAUSHALTSSATZUNGEN* .....</b>	<b>33</b>
<b>2.</b>	<b>FESTSTELLUNG DER ERGEBNISSE GEMÄß § 39 GEMHVO-KAMERAL.....</b>	<b>34</b>
<b>3.</b>	<b>ENTWICKLUNG DER GESAMTEINNAHMEN UND GESAMTAUSGABEN.....</b>	<b>35</b>
<b>4.</b>	<b>ENTWICKLUNG DER STEUEREINNAHMEN UND ALLGEMEINEN FINANZZUWEISUNGEN .....</b>	<b>36</b>
<b>5.</b>	<b>PRÜFUNGSFESTSTELLUNGEN, ZU DENEN EINE STELLUNGNAHME ERWARTET WIRD.....</b>	<b>37</b>

## **I. Prüfungsauftrag, Art und Umfang der Prüfung**

Die überörtliche Prüfung der Gemeinde Krumbek wurde vom Gemeindeprüfungsamt des Kreises Plön (GPA) gemäß den Bestimmungen

- des Kommunalprüfungsgesetzes (KPG) und
- der Geschäftsanweisung für das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des Kreises Plön

für die Haushaltsjahre 2012 - 2016 durchgeführt.

Die Prüfung erfolgte vom 08.05. bis zum 13.07.2017 am Sitz der Amtsverwaltung in Schönberg.

Die nachfolgend dargestellte überörtliche Prüfung umfasste gemäß § 5 KPG

- die Haushalts- und Wirtschaftsführung (Ordnungsprüfung),
- die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung sowie
- die Verwendungsprüfung.

Sie erstreckte sich in Stichproben auf das Haushaltsgeschehen im Prüfungszeitraum und wurde abschnittsweise und schwerpunktmäßig intensiviert. Lückenlos geprüft wurden die Abschlussergebnisse aller Jahre und deren Abwicklung.

Die vorherige überörtliche Prüfung umfasste die Haushaltsjahre 2006 - 2011. Das Ergebnis wurde der Gemeinde mit Bericht vom 12.12.2012 mitgeteilt. Aufgrund der sich daran anschließenden Stellungnahme konnte das Prüfungsverfahren abgeschlossen werden.

## Beteiligte Prüferinnen und Prüfer

An den Prüfungsberichten des Amtes und der amtsangehörigen Gemeinden haben die folgenden Prüferinnen und Prüfer mitgewirkt. Sie stehen für Auskünfte und Erläuterungen im Rahmen ihrer Tätigkeitsschwerpunkte gerne zur Verfügung:

Martina Oesinghaus	Tel.: 04522 / 743-230 Leiterin der Gemeindeprüfungsämter Ostholstein und Plön
Helge Baars	Tel.: 04522 / 743-234 Prüfung im technischen Hochbaubereich, Architekten- und Ingenieurverträge, HOAI, Vergaben nach VOB und VOL
Simone Bahn	Tel.: 04522 / 743-288 Trägerverträge, Kostenausgleich und Sozialstaffel in Kindertagesstätten
Ludger Fronczek	Tel.: 04522 / 743-287 Bauhöfe, Internes Kontrollsystem (IKS), Versicherungen
Wolfgang Junkuhn	Tel.: 04521 / 788-294 Datenschutz und Datensicherheit
Arne Kaak	Tel.: 04522 / 743-268 Personalwesen, Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten
Vivien Limburg	Tel.: 04522 / 743-500 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Anordnungswesen
Dorothea Nehlsen	Tel.: 04522 / 743-241 Personalwesen, Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten, Mieten und Pachten
Ulrich Schneider Diplom-Kaufmann	Tel.: 04522 / 743-506 Kommunale Wirtschaftsbetriebe, kostenrechnende Einrichtungen, wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden
Thorsten Schulz	Tel.: 04522 / 743-460 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Anordnungswesen
Ute Seute	Tel.: 04522 / 743-529 Trägerverträge, Kostenausgleich und Sozialstaffel in Kindertagesstätten, Schulkostenbeiträge
Andreas Timm	Tel.: 04522 / 743-438 Prüfgruppenleitung Kommunale Abgaben, Ausbau- und Erschließungsbeiträge, Grundstücksangelegenheiten, Satzungsrecht
Stefan Wegner	Tel.: 04522 / 743-454 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Anordnungswesen
Torsten Wulf	Tel.: 04522 / 743-459 Prüfung im technischen Tiefbaubereich, Architekten- und Ingenieurverträge, HOAI, Vergaben nach VOB und VOL

## II. Allgemeine Angaben

### Einwohnerzahl:

Das Statistische Landesamt hat folgende Bevölkerungsbewegung fortgeschrieben:

30.04.2011 Zensus 2011	404
31.03.2012 (Basis VZ '11)	407
31.03.2013 (Basis VZ '11)	419
31.03.2014 (Basis VZ '11)	421
31.03.2015 (Basis VZ '11)	410
31.03.2016 (Basis VZ '11)	lag bei Berichterstellung noch nicht vor

### Bürgermeisterin:

Frau Brigitte Vöge-Lesky

### Gemeindevertretung:

10 Mitglieder(Kommunalwahl 2013)

SPD	2
UWK (Unabhängige Wählergemeinschaft Krummbek)	5
WKR (Wählergemeinschaft Krummbek-Ratjendorf)	3

### III. Gemeinde und Gemeindevertretung

#### III.1 Gemeindevertretung und Ausschüsse

Das Zusammenwirken der Gremien der Selbstverwaltung und der hauptamtlichen Verwaltung ist auch organisatorisch zu bewerten. Beiden Seiten obliegt es, die öffentlichen Aufgaben der Kommune unter Beachtung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze zu erfüllen. Eine Zuordnung der Aufgaben entsprechend ihrer Bedeutung beeinflusst wesentlich ihre zweckmäßige und wirtschaftliche Ausführung.

Die wesentliche Voraussetzung ist erfüllt, wenn die Gremien sich auf Grundsatzentscheidungen beschränken und Einzelfallentscheidungen nur bei erheblicher finanzieller, wirtschaftlicher und/oder kommunalpolitischer Bedeutung treffen. Im Sinne einer effizienten kommunalen Aufgabenerledigung müssen die routinemäßigen Entscheidungen des Verwaltungsvollzugs der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister mit der hauptamtlichen Verwaltung überlassen werden.

Nach den Hauptsatzungen des Amtes Probstei und der amtsangehörigen Gemeinden verfügen diese über insgesamt 71 ständige Ausschüsse. Die hohe Zahl der ständigen Ausschüsse und der damit verbundene sehr hohe Zeiteinsatz für die Durchführung (Vorbereitung, Sitzungsdienst, Nachbereitung) der Ausschusssitzungen stellt unbestritten eine starke Belastung der Verwaltung (und letztlich auch der Selbstverwaltung) dar.

Selbst konservative Rechenmodelle gehen von einer Vor- und Nachbearbeitungszeit der Verwaltung in der Größenordnung des 4 - 5fachen der reinen Sitzungsdauer aus. Wenn also jeder der im Amtsbereich Probstei bestehende Ausschüsse im Jahr lediglich zwei Sitzungen mit einer Dauer von jeweils zwei Stunden durchführt, erzeugt dieses bereits einen zeitlichen Verwaltungsaufwand, der in etwa der Jahresarbeitszeit einer Vollzeitkraft (VAK) entspricht.

Das GPA erlaubt sich daher den Hinweis auf die Erlasse des Innenministeriums zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen, in deren Anlage unter III. „Weitere Maßnahmen“, Ziffer 10, ausgeführt wird:

*Zur Verbesserung der inneren Organisation empfiehlt der Landesrechnungshof, die Zahl der Ausschüsse durch Zusammenlegung des Hauptausschusses mit dem Finanz-, Wirtschaftsförderungs-, Eingaben- und Rechnungsprüfungsausschuss, des Bauausschusses mit dem Planungs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss sowie des Schulausschusses mit dem Kultur- und Sportausschuss, zu reduzieren. ... ..*

*Bei kreisangehörigen Gemeinden einschließlich der kleineren Mittelstädte sind nach Auffassung des Landesrechnungshofs insgesamt drei Ausschüsse ausreichend.*

Auf Grundlage dieser Ausführungen sollte nach Auffassung des GPA für die Erledigung der Obliegenheiten der kleineren amtsangehörigen Gemeinden eine Anzahl von 2 ständigen Ausschüssen ausreichend sein, die drei größeren amtsangehörigen Gemeinden sollten ihre Obliegenheiten mit einer Anzahl von 2 - 3 ständigen Ausschüssen erledigen können.

Das GPA regt daher die Prüfung an, ob Ausschüsse (zurzeit drei) ggf. zusammengelegt werden könnten, um auch auf diesem Wege zu einer effizienteren kommunalen Aufgabenerledigung beizutragen. Der Verwaltungsaufwand könnte sich reduzieren und die Verwaltung erhielte Freiräume für ihre weiteren Aufgaben.

### III.2 Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder

Die Entschädigungssatzung der Gemeinde Krumbek vom 29.01.2004 trat nach Berichtigung vom 01.07.2004 zum 07.07.2004 in Kraft.

Nach den Jahresrechnungen 2012 - 2016 zahlte die Gemeinde Krumbek aus der Untergruppe 400 folgende Beträge:

Haushaltsjahr	Anordnungssoll	davon entfallen auf	
		ehrenamtliche Entschädigungen	Personalausgaben
2012	15.934,90 €	6.925,80 €	7.009,10 €
2013	15.103,21 €	7.786,55 €	7.316,66 €
2014	16.048,30 €	8.261,35 €	7.786,95 €
2015	16.394,26 €	8.244,15 €	8.150,11 €
2016	16.989,96 €	8.609,75 €	8.380,21 €

Für die Benutzung eines privaten Telefonanschlusses werden der Bürgermeisterin die Kosten von dienstlich notwendigen Telefongebühren sowie anteiligen Grundgebühren mit einer jährlichen Pauschale von 200,00 € von der Gemeinde erstattet. Damit belaufen sich die monatlichen Kosten auf 16,67 €, was als dienstlich notwendige Gebühren sowie anteilige Grundgebühren angemessen ausfällt.

Die Aufwandsentschädigungen für Gerätewart/in und Jugendfeuerwehrwart/in sind in Eurobeträgen in der Satzung ausgewiesen, die nicht den aktuellen Fassungen der Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren und der Entschädigungsrichtlinie freiwillige Feuerwehr entsprechen. Das GPA empfiehlt, die Beträge neutral zu fassen, um eine Anpassung, zum Beispiel, bei Änderung der Rechtsgrundlage zu vermeiden.

Grundsätzlich gibt das GPA den Hinweis, die Entschädigungssatzung an die Neuregelung des Reisekostenrechts für die Erstattung der Fahrtkosten anzupassen. ☒

Die geprüften Unterlagen waren vollständig und gut geführt. Beanstandungen ergaben sich nicht.

## **IV. Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR)**

Die gemeindliche Haushaltsführung wurde unter formalen und materiellen Gesichtspunkten überprüft. Sofern sich gemeindeübergreifende Anmerkungen bzw. Beanstandungen ergaben, sind diese im Amtsbericht enthalten.

### **IV.1 Haushaltssatzungen**

Die in den Haushalts- bzw. Nachtragssatzungen endgültig für den Prüfungszeitraum festgelegten Haushaltsrahmendaten sind in der Anlage 1 dargestellt. Das Erlassverfahren wurde auf Rechtmäßigkeit und Vollständigkeit geprüft.

Kommunalaufsichtsbehördliche Genehmigungen durch den Kreis Plön waren nicht erforderlich. Beanstandungen ergaben sich nicht.

### **IV.2 Abschlussergebnisse**

Die Feststellung der Ergebnisse der Jahresrechnungen ist aus Anlage 2 und die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben (IST) sind aus Anlage 3 ersichtlich.

Die Rechnungsergebnisse wurden richtig ermittelt.

Nach den §§ 37 und 41 GemHVO-Kameral sind als Anlagen zur Jahresrechnung im Einzelnen vorgeschrieben:

- a) eine Vermögensübersicht,
- b) eine Übersicht über Schulden und Rücklagen,
- c) eine Gruppierungsübersicht sowie
- d) ein Nachweis über die bestehenden Haushaltsreste.

Sämtliche Anlagen lagen für den Prüfungszeitraum vor. Die Jahresrechnungen wurden der Gemeindevertretung vorgelegt und von dieser innerhalb der gesetzlichen Frist beschlossen.

### **IV.3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben**

Die Gemeinde Krumbek nimmt die durch die GemHVO-Kameral eröffneten Instrumente zur flexiblen Haushaltsführung wie die Festsetzung gegenseitiger Deckungsfähigkeit und die Budgetbildung in Anspruch. Darüber hinaus eröffnet die GemHVO-Kameral die Möglichkeit für den Fall, dass für Ausgaben in der Haushaltsplanung keine bzw. keine ausreichenden Ansätze vorhanden sind, über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu leisten. Überplanmäßige Ausgaben entstehen, wenn ein vorhandener Haushaltsansatz zu niedrig angesetzt und überschritten worden ist. Außerplanmäßige Ausgaben liegen vor, wenn für eine erforderliche Ausgabe keine Mittel veranschlagt und keine Haushaltsreste verfügbar sind.

Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben kann die Bürgermeisterin die Zustimmung erteilen. Eine entsprechende Ermächtigung unter Angabe der betragsmäßigen Obergrenze von 1.000,00 € erteilt die Gemeindevertretung regelmäßig im Rahmen der Haushaltssatzung.

Während des Betrachtungszeitraumes wurden über- und außerplanmäßige Ausgaben wie folgt geleistet.

Leistungen über- und außerplanmäßiger Ausgaben		
Haushalts- jahr	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt
2012	28.456,97 €	0,00 €
2013	1.034,07 €	10.006,60 €
2014	36.936,19 €	1.127,13 €
2015	1.268,31 €	0,00 €
2016	19.412,10 €	0,00 €

Die im Verhältnis zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben der anderen Haushaltsjahre hohen Beträge im Haushaltsjahr 2014 im Verwaltungshaushalt ergaben sich aus Mehrausgaben bei den Schulkostenbeiträgen und den Zuschüssen an Kindergärten.

Gemäß § 82 GO ist die Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu unterrichten.

Bei erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen (über dem in der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag von 1.000,00 €) sieht die GO vor der Leistung die Zustimmung der Gemeindevertretung vor.

Für die Zulässigkeit und Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben müssen gemäß § 82 Abs. 1 GO folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Unabweisbarkeit der Ausgabe (oder Aufschub unwirtschaftlich)
- Gewährleistung der Deckung
- Vorherige Zustimmung der Gemeindevertretung

In der Gemeinde Krumbek wurden sämtliche über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich im Rahmen der Beschlussfassung über die Jahresrechnung genehmigt. Ein unterjähriges Antragsverfahren mit der Begründung der jeweiligen Mehrausgabe sowie die halbjährliche Unterrichtung der Selbstverwaltung erfolgten nicht. Somit findet das gesetzlich vorgeschriebene und in der Haushaltssatzung fixierte Verfahren keine Anwendung.

Das GPA erwartet, dass in zukünftigen Haushaltssatzungen eine betragsmäßige Anpassung der unerheblichen Auszahlungen oder eine unterjährige Unterrichtung der Gemeindevertretung über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt. Somit würde den Vorgaben der Selbstverwaltung und der haushaltsrechtlichen Bestimmung Rechnung getragen werden.

#### **IV.4 Haushaltsreste**

Die gebildeten Haushaltsreste bewegten sich in einem normalen Rahmen und führten zu keinen Beanstandungen. Der hohe Haushaltsausgaberesult im Jahr 2015 wurde größtenteils für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses gebildet. Der Haushaltseinnahmerest aus dem Vermögenshaushalt in Höhe von 118.000,00 € (restliche Kreditaufnahme) wurde zeitlich im Gemeindehaushalt des Haushaltsjahres 2017 vereinnahmt.

## IV.5 Entwicklung der Kasseneinnahmereste

Die Prüfung der Haushalts- und Kassenabwicklung beinhaltet auch eine Überprüfung der Kasseneinnahmereste (KER) des Gesamthaushaltes.

KER	2012	2013	2014	2015	2016
gesamt	17.508,20 €	14.795,54 €	4.981,27 €	67.095,94 €	1.926,47 €
Abgänge auf KER aus Vj.	1.091,48 €	-1.961,83 €	80,00 €	-225,57 €	0,00 €

Der Kasseneinnahmerest des Jahres 2015 ergibt sich aus Übertragungs- und Abschlussbuchungen im Rahmen der Abwicklung der Vorjahre. Eine weitergehende Prüfung erfolgte nicht.

## IV.6 Umfang und Ergebnis der Belegprüfung

Die in Stichproben durchgeführte Belegprüfung führte zu keinen Beanstandungen. Ab dem Haushaltsjahr 2014 werden die Anordnungen und die zahlungsbegründeten Belege eingescannt.

## IV.7 Vermögen

Das Vermögen der Gemeinde betrug nach dem Stand 31.12.2016 gemäß

- § 36 Abs. 1 GemHVO-Kameral ..... 1.666,67 €
- § 36 Abs. 2 GemHVO-Kameral ..... 1.245.828,84 €

## IV.8 Schulden

Die Verschuldung der Gemeinde hat sich im Prüfungszeitraum wie folgt entwickelt:

Verschuldung der Gemeinde					
Jahr	Stand Beginn	Kreditaufnahme	ordentliche Tilgung	außerordentliche Tilgung	Stand Ende
2012	242.496,20 €	0,00 €	16.652,97 €	0,00 €	225.843,23 €
2013	225.843,23 €	0,00 €	13.919,30 €	0,00 €	211.923,93 €
2014	211.923,93 €	0,00 €	10.773,93 €	0,00 €	201.150,00 €
2015	201.150,00 €	0,00 €	11.133,88 €	0,00 €	190.016,12 €
2016	190.016,12 €	145.000,00 €	11.505,89 €	0,00 €	323.510,23 €

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Zins- und Tilgungsleistungen sind wie folgt angefallen:

Zins- und Tilgungsleistungen			
Jahr	Zinsen Gruppe 80	ordentliche Tilgung Gruppe 97	Annuität
2012	12.794,74 €	16.652,97 €	29.447,71 €
2013	9.665,30 €	13.919,30 €	23.584,60 €
2014	7.009,05 €	10.773,93 €	17.782,98 €
2015	6.635,15 €	11.133,88 €	17.769,03 €
2016	6.168,18 €	11.505,89 €	17.674,07 €

Bei einer Einwohnerzahl von 410 entsprach dies einer Pro-Kopf-Verschuldung per 31.12.2015 von 789,04 €. Gemäß Bericht des Statistischen Landesamtes Nord vom 15.08.2016 lag die durchschnittliche Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden innerhalb des Kreises Plön bei 816,33 €/Einwohner. Damit liegt die Verschuldung der Gemeinde je Einwohner über den Kreisdurchschnitt.

## IV.9 Rücklagen

Der Stand der allgemeinen Rücklage hat sich im Prüfungszeitraum wie folgt entwickelt:

<b>Allgemeine Rücklage</b>				
<b>Jahr</b>	<b>Stand Beginn</b>	<b>Zuführung</b>	<b>Entnahme</b>	<b>Stand Ende</b>
2012	21.528,39 €	0,00 €	21.514,52 €	13,87 €
2013	13,87 €	91.665,85 €	0,00 €	91.679,72 €
2014	91.679,72 €	0,00 €	72.464,93 €	19.214,79 €
2015	19.214,79 €	0,00 €	0,00 €	19.214,79 €
2016	19.214,79 €	0,00 €	279,96 €	18.934,83 €

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Aufgrund des Standes der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2015 hätte die Kreditaufnahme um den Betrag von 19.124,79 € reduziert werden müssen. Auf § 76 Abs. 3 GO wird hingewiesen.

Nach den Ergebnissen der jeweiligen Jahresrechnung verfügte die Gemeinde im Prüfungszeitraum über folgende weitere Rücklagen:

<b>Abschreibungsrücklage Kanalisation § 19 Abs. 4 Nr. 2 GemHVO-Kameral</b>				
<b>Jahr</b>	<b>Stand Beginn</b>	<b>Zuführung</b>	<b>Entnahme</b>	<b>Stand Ende</b>
2012	58.276,31 €	256,07 €	0,00 €	58.532,38 €
2013	58.532,38 €	10.129,84 €	0,00 €	68.662,22 €
2014	68.662,22 €	0,00 €	0,00 €	68.662,22 €
2015	68.662,22 €	0,00 €	0,00 €	68.662,22 €
2016	68.662,22 €	0,00 €	0,00 €	68.662,22 €

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Darüber hinaus entwickelte sich die Gebührenausgleichsrücklage wie folgt.

<b>Gebührenausgleichsrücklage Abwasserbeseitigung § 19 Abs. 4 Nr. 3 GemHVO-Kameral</b>					
<b>Jahr</b>	<b>Stand Beginn</b>	<b>Zuführung</b>	<b>Zinsen</b>	<b>Entnahme</b>	<b>Stand Ende</b>
2012	23.000,68 €	0,00 €	175,23 €	1.748,24 €	21.427,67 €
2013	21.427,67 €	2.776,76 €	104,13 €	0,00 €	24.308,56 €
2014	24.308,56 €	2.470,72 €	101,80 €	0,00 €	26.881,08 €
2015	26.881,08 €	0,00 €	76,69 €	783,98 €	26.173,79 €
2016	26.173,79 €	0,00 €	24,60 €	1.508,12 €	24.690,27 €

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

<b>Rückstellungen Abwasserbeseitigung</b>					
<b>Jahr</b>	<b>Stand Beginn</b>	<b>Zuführung</b>	<b>Zinsen</b>	<b>Entnahme</b>	<b>Stand Ende</b>
2012	0,00 €	5.500,00 €	0,00 €	0,00 €	5.500,00 €
2013	5.500,00 €	5.500,00 €	26,73 €	0,00 €	11.026,73 €
2014	11.026,73.€	5.500,00 €	46,18 €	0,00 €	16.572,91 €
2015	16.572,91.€	5.500,00 €	57,34 €	0,00 €	22.130,25 €
2016	22.130,25 €	5.500,00 €	14,47 €	0,00 €	27.644,72 €

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Die Höhe der Rücklagen konnte rechnerisch nachvollzogen werden.

Alle Rücklagen der Gemeinde Krumbek werden zusammen mit den Rücklagen aller anderen amtsangehörigen Gemeinden auf dem Verwahrkonto Nr. 50 bei der Gemeindekennziffer 27 verbucht. Die Bestände der obigen Rücklagen konnten auf diesem Verwahrkonto nachvollzogen werden.

#### **IV.10 Ergebnis der Einzelpläne der Verwaltungshaushalte**

In nachfolgender Tabelle wird das Jahresergebnis 2016 (Rechnungsergebnis) gegenüber der Planung (inklusive aller Nachträge) nach Einzelplänen dargestellt:

<b>Einzelplan / Bezeichnung</b>	<b>Planung</b>	<b>Ergebnis</b>	<b>Differenz</b>
	<i>alle Beträge in €</i>		
EP 0: Allgemeine Verwaltung	-17.700,00	-17.713,92	13,92
EP 1: Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-13.400,00	-13.813,55	413,55
EP 2: Schulen	-104.900,00	-107.189,97	2.289,97
EP 3: Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	-5.100,00	-4.894,58	-205,42
EP 4: Soziale Sicherung	-59.000,00	-50.195,83	-8.804,17
EP 5: Gesundheit, Sport, Erholung	-3.100,00	-2.348,55	-751,45
EP 6: Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	-11.700,00	-11.022,24	-677,76
EP 7: Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-3.000,00	-1.706,82	-1.293,18
EP 8: Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeine Grund- und Sondervermögen	16.800,00	16.940,09	-140,09
EP 9: Allgemeine Finanzwirtschaft	201.100,00	190.823,71	10.276,29

Das GPA stellt fest, dass sich die Plan-/Ist-Abweichungen in einem angemessenen Rahmen bewegen. Grundsätzlich kann somit eine sorgsame Haushaltsplanung und ein maßvoller Haushaltsvollzug festgestellt werden.

In der nachfolgenden Übersicht werden die Ergebnisse der Verwaltungshaushalte nach Einzelplänen dargestellt (Rechnungsergebnisse). Die Tabelle verdeutlicht, welche Einzelpläne im Prüfungszeitraum zuschussbedürftig waren (als Minusbetrag dargestellt) und welche Einzelpläne Überschüsse (Positivbetrag) erwirtschafteten:

<b>Rechnungsergebnisse der Verwaltungshaushalte nach Einzelplänen 2012 - 2016</b>					
Einzelplan (EP)	2012	2013	2014	2015	2016
	<i>alle Beträge in €</i>				
EP 0: Allgemeine Verwaltung	-13.195,08	-14.954,43	-15.604,56	-16.219,94	-17.713,92
EP 1: Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-11.560,49	-10.160,02	-8.442,97	-9.611,79	-13.813,55
EP 2: Schulen	-87.289,84	-108.778,43	-119.224,67	-108.481,64	-107.189,97
EP 3: Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	-10.271,41	-5.442,80	-5.442,71	-6.180,04	-4.894,58
EP 4: Soziale Sicherung	-31.185,43	-46.452,13	-63.677,41	-56.947,70	-50.195,83
EP 5: Gesundheit, Sport, Erholung	-717,82	-943,23	-1.405,49	-1.485,31	-2.348,55
EP 6: Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	-7.911,40	-14.735,93	-10.021,59	-10.919,63	-11.061,74
EP 7: Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-1.305,51	-1.757,29	-1.103,80	-1.777,50	-2.331,82
EP 8: Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeine Grund- und Sondervermögen	12.962,62	16.699,60	10.977,03	10.836,09	16.940,09
EP 9: Allgemeine Finanzwirtschaft	150.474,36	186.524,66	213.946,17	200.787,46	192.609,87
<b>Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Im Einzelplan 2 - Schulen - ergibt sich der gestiegene Zuschussbedarf im Ordnungsprüfungszeitraum aus gestiegenen Schulkostenbeiträgen und der gestiegenen Schulverbandsumlage.

Im Einzelplan 4 - Soziale Sicherung - haben sich die Zuschüsse an Kindergärten nahezu verdoppelt.

## Ausgaben der Vermögenshaushalte

Die nachfolgende Übersicht verdeutlicht, wofür die Mittel der Vermögenshaushalte Verwendung fanden. Hierüber gibt die folgende Gruppierungsübersicht Auskunft:

Ausgaben der Vermögenshaushalte nach Gruppen 2012 - 2016					
Bezeichnung der Ausgabengruppe	2012	2013	2014	2015	2016
	alle Beträge in €				
<b>90:</b> Zuführung zum Verwaltungshaushalt	5.741,23	0,00	0,00	783,98	1.508,12
<b>91:</b> Zuführung an Rücklagen	5.756,07	110.072,45	7.970,72	36.735,67	5.500,00
<b>92:</b> Gewährung von Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>93:</b> Vermögenserwerb	18.326,96	-3.274,15	104.973,71	47.610,72	9.659,00
<b>94-96:</b> Baumaßnahmen	0,00	0,00	2.753,42	120.000,00	160.000,00
<b>97:</b> Tilgung von Krediten	16.652,97	13.919,30	10.773,93	11.133,88	11.505,89
<b>98:</b> Zuweisungen und Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>99:</b> Sonstige Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Gesamtausgaben</b>	<b>46.477,23</b>	<b>120.717,60</b>	<b>126.471,78</b>	<b>216.264,25</b>	<b>188.173,01</b>

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Bei der Baumaßnahme der Gruppierung 96 handelt es sich um den Neubau des Feuerwehrgerätehauses.

## V. Abgaben

Das Amt Probstei hat zu Beginn des Jahres 2010 damit begonnen, das (Steuer)Satzungsrecht der amtsangehörigen Gemeinden inhaltlich einander anzugleichen und zu vereinheitlichen. Unterschiede zwischen den jeweiligen gemeindlichen Regelungen bestehen danach hauptsächlich nur noch hinsichtlich der jeweiligen Steuersätze, die Mehrzahl satzungsmäßiger Regelungen, Vorgaben und Verpflichtungen hingegen sind für alle Steuerpflichtigen des jeweiligen Geltungsbereiches identisch.

Das GPA begrüßt ausdrücklich die gefundene Lösung, die auch dazu beigetragen hat, dass für die Verwaltung deutliche Vereinfachungseffekte hinsichtlich der Umsetzung des Satzungsrechtes eingetreten sind. Idealerweise sollten die Vereinheitlichungen auch auf die weiteren (Abgaben)Satzungen ausgedehnt werden.

Die Anlage 4 dieses Berichtes beschreibt die Entwicklung der Steuereinnahmen und allgemeinen Finanzzuweisungen im Prüfungszeitraum.

### V.1 Steuern

#### V.1.1 Realsteuern

Die Hebesätze für die Realsteuern der amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Probstei erreichen in vielen Fällen nicht die Mindestsätze, die das Innenministerium für die Gewährung von Sonderbedarfs- bzw. Fehlbetragszuweisungen vorgibt.

Das GPA gibt hierbei zu bedenken, dass die dargestellten Mindestsätze quasi ein „K.O.-Kriterium“ für die Inanspruchnahme von Fehlbetrags- oder Sonderbedarfszuweisungen sind. Dieses Kriterium muss spätestens im Jahr der Antragstellung erfüllt sein. Die Gemeinden

werden daher in eigener Zuständigkeit entscheiden müssen, ob und inwieweit sie den Mindestanforderungen zukünftig Rechnung tragen wollen. Ggf. bietet es sich an, in regelmäßigen Schritten eine Annäherung an die Mindestsätze umzusetzen.

Alleine im Prüfungszeitraum haben alle Gemeinden des Amtes Probstei durch die Nichtausschöpfung vorgenannter Mindestsätze auf Realsteuereinnahmen in Höhe von insgesamt mehr als 2.300.000 € verzichtet.

Auf die Gemeinde Krumbek entfällt hiervon ein Anteil von 60.848,52 €.

Nicht ausgeschöpfte Realsteuern im Prüfungszeitraum (2012 - 2016)	Gemeinde	festgelegter Hebesatz 2017		
		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
	<b>FBZ-Mindestsatz 2017</b>	<b>370</b>	<b>390</b>	<b>370</b>
39.212,58 €	Krumbek	350	370	350

Die für das Haushaltsjahr 2017 festgelegten Hebesätze bleiben noch immer unter den vorgenannten Mindestsätzen.

In diesem Zusammenhang erlaubt sich das GPA den Hinweis, dass sich die Anpassung der Hebesätze häufig nur marginal auf die Höhe der Steuerlast eines jeden einzelnen Steuerpflichtigen auswirkt.

So liegt beispielsweise bei einem zufällig ausgewählten Zweifamilienhausgrundstück<sup>1</sup> in der Gemeinde Barsbek die Grundsteuer B aktuell bei 47,59 € (Hebesatz = 330 v.H.). Eine Erhöhung des Hebesatzes um 60 Punkte auf den aktuellen Mindestsatz von 390 v.H. würde für dieses Grundstück eine jährliche Mehrbelastung von (lediglich) 8,65 € ausmachen. Monatlich wäre dies ein Betrag von 0,72 €.

Bei einem in der Gemeinde Schönberg gelegenen Geschäftsgrundstück (vom Finanzamt festgestellter Messbetrag = 250,17 €) wird auf Grundlage eines Hebesatzes von 380 v.H. eine Grundsteuer von jährlich 950,65 € fällig. Eine Erhöhung des Hebesatzes auf den aktuellen Mindestsatz würde für dieses Grundstück eine jährliche Mehrbelastung von (lediglich) 25,02 € ausmachen. Monatlich wäre dies ein Betrag von 2,08 €.

Die Veranlagungen zu den Realsteuern durch die Verwaltung erfolgten ordnungsgemäß, so dass Prüfungsfeststellungen nicht vonnöten waren.

### V.1.2 Hundesteuern

Die gemeindlichen Hundesteuersatzungen liegen im Internetauftritt des Amtes Probstei und der Gemeinden als Mastersatzung (sog. Masterdatei) vor, die von einer Tariftabelle ergänzt wird, aus der die jeweiligen gemeindlichen Steuersätze ersichtlich sind. Das GPA fasst nachfolgend die Prüfungsfeststellungen zur Hundesteuer in allen Gemeinden des Amtes ebenfalls vereinheitlicht zusammen.

#### Steuerveranlagungen

Die Veranlagungen zur Hundesteuer wurden in weiten Stichproben geprüft. Die Sachbearbeitung erfolgt engagiert und ordnungsgemäß, so dass sich Prüfungsfeststellungen nicht ergeben haben.

<sup>1</sup> vom Finanzamt festgestellter Messbetrag = 14,42 €

## Steuersatzungen

Das GPA empfiehlt, die vorliegende Masterdatei/-satzung in folgenden Punkten zu überprüfen bzw. abzuändern:

### § 2 Abs. 5 (gefährliche Hunde)

Alle amtsangehörigen Gemeinden mit Ausnahme der Gemeinde Prasdorf erheben eine erhöhte Steuer für gefährliche Hunde.

Als gefährlich im Sinne der Satzung gelten zunächst die Hunde, deren Gefährlichkeit nach Maßgabe des § 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über das Halten von Hunden (HundeG) behördlich festgestellt ist. Außer in der Gemeinde Schönberg gelten darüber hinaus auch die in § 2 Abs. 1 Satz 1 des Hundeverbringungs- und Einfuhrbeschränkungsgesetzes genannten Hunde (sog. Listenhunde) als gefährliche Hunde. Diese Bestimmung von Listenhunden zu gefährlichen Hunden bleibt zu überarbeiten. Durch die Änderung des KAG<sup>2</sup> ist festgelegt, dass die Höhe des Steuersatzes nicht von der Zugehörigkeit des Hundes zu einer bestimmten Rasse abhängig gemacht werden darf.

Die Verwaltung hat bereits begonnen, die Hundesteuersatzungen entsprechend abzuändern.

Das GPA empfiehlt der Gemeinde Prasdorf, ebenfalls eine erhöhte Steuer für gefährliche Hunde im Sinne des § 7 HundeG zu erheben.

### § 11 (Steuertarif)

In den amtsangehörigen Gemeinden stellen sich die Hundesteuersätze höchst unterschiedlich dar. Lediglich zwei Gemeinden (Ostseebad Laboe und Lutterbek) erreichen aktuell den Mindestsatz, den das Innenministerium in seinen Erlassen zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen vorgibt<sup>3</sup> und schöpfen damit ihre Einnahmefähigkeiten aus. Die Steuersätze für den „ersten Hund“ der übrigen 18 Gemeinden unterschreiten den Mindestsatz zum Teil recht deutlich, der durchschnittliche Steuersatz dieser Gemeinden erreicht nicht einmal die Hälfte des Mindestsatzes. Summiert verzichten diese Gemeinden, alleine bezogen auf die ersten Hunde, auf Hundesteuereinnahmen von jährlich deutlich mehr als 60.000 €.

Das GPA empfiehlt, die Hundesteuersätze, ggf. schrittweise, an den Mindestsatz anzugleichen.

### § 15 (Fälligkeit der Steuer)

Die Hundesteuer ist zu jeweils  $\frac{1}{4}$  des Jahresbetrages am 15.02., am 15.05., am 15.08. und am 15.11. des Erhebungszeitraumes zu entrichten. (Nur) wenn sie gleichzeitig mit der Grundsteuer festgesetzt wird (§ 15 Abs. 2 der Satzung), kann sie auf Antrag des Steuerpflichtigen auch in einem Jahresbeitrag entrichtet werden.

Die geringste Hundesteuer für einen ersten Hund im Bereich des Amtes Probstei beträgt 20,00 € im Jahr. Sofern dieser Hund eine Steuerermäßigung genießt, reduziert sich der Jahresbetrag auf nur noch 10,00 €. Verteilt auf die vier satzungsmäßigen Fälligkeiten würde sich ein Betrag von nur noch 2,50 € für jeden Fälligkeitstermin ergeben, der jedoch den gleichen Verwaltungsaufwand erzeugt, wie eine „normale“ Zahlung.

Aus diesem Grund hält es das GPA für angemessen, die Entrichtung der Steuer als Jahresbetrag in allen Fällen zu ermöglichen. Da dieses Verfahren aussagegemäß bereits tatsächlich praktiziert wird, sollte es auch durch eine Satzungsregelung entsprechend „legitimiert“ werden.

<sup>2</sup> Gesetz zur Änderung des KAG vom 20.10.2016 (GVBl. S-H 2016, Seite 846)

<sup>3</sup> Aktuell liegt der Mindestsatz bei 120 € in Jahr für sog. erste Hunde

### § 17a (Hundesteuermarken)

In den Gemeinden Köhn, Ostseebad Laboe, Lutterbek, Probsteierhagen und Schönberg werden amtliche Steuerzeichen (= Hundesteuermarken) ausgegeben.

Auf die Ausgabe von Hundesteuermarken sollte aus Sicht des GPA aus Gründen der Verwaltungsökonomie verzichtet werden. Die Möglichkeit, über die Steuermarke den verloren gegangenen Hund einfacher zuordnen zu können, hat originär nichts mit der Steuererhebung zu tun (das Steuerzeichen ist lediglich ein Nachweis, dass Steuer gezahlt wird), sondern ist reine Serviceleistung auf Kosten der Gemeinde. Durch die im neuen Hundegesetz vorgesehene Chip-Pflicht dürfte dieses „Erfordernis“ ohnehin in absehbarer Zeit seine Erledigung finden.

### § 18 (Ordnungswidrigkeiten)

Nach § 16 Abs. 1 der Hundesteuersatzung hat der bisherige Hundehalter innerhalb von einem Monat den Hund abzumelden. Zuwiderhandlungen gegen diese Anzeigepflicht sind aufgrund der Satzung Ordnungswidrigkeiten gemäß § 18 Abs. 2 Ziffer 2 KAG.

Nach § 18 Abs. 2 Ziffer 2 KAG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder leichtfertig einer Vorschrift einer Abgabensatzung zur Sicherung oder Erleichterung der Abgabenerhebung, insbesondere zur Anmeldung und Anzeige von Tatsachen, zur Führung von Aufzeichnungen oder Nachweisen, zur Kennzeichnung oder Vorlegung von Gegenständen oder zur Erhebung und Abführung von Abgaben, zuwiderhandelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).

In den Fällen des nicht rechtzeitigen Abmeldens eines Hundes kann aber eine Abgabengefährdung gerade nicht festgestellt werden. Im Gegenteil kommt es bei nicht rechtzeitiger Abmeldung von Hunden sogar zu erhöhten Hundesteuerbescheiden. Dementsprechend ist in diesem Fall der Tatbestand des § 18 Abs. 2 Ziffer 2 KAG nicht erfüllt.

Da Hundesteuersatzungen als kommunale Satzungen die Vorschriften des KAG lediglich konkretisieren, nicht aber über den jeweiligen Regelungsgehalt hinausgehen dürfen, bleibt die Zuwiderhandlung gegen die Abmeldepflicht aus dem Katalog der Ordnungswidrigkeiten zu streichen. 

## V.2 Gebühren

### V.2.1 Abwasserbeseitigung

Die kostenrechnende Einrichtung „Abwasserbeseitigung“ der Gemeinde Krumbek basiert auf folgenden Rechtsgrundlagen:

- Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Krumbek vom 01.07.1999, rückwirkend in Kraft seit dem 01.01.1999 und der
- Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Krumbek vom 10.11.2016, in Kraft seit dem 01.01.2017.

Die Einrichtung schloss im Berichtszeitraum wie folgt ab (Anordnungssoll):

UA 7000	Haushaltsjahr				
	2012	2013	2014	2015	2016
Finanzgerüst VwHH:					
Summe Einnahmen	63.866,46 €	59.217,86 €	62.855,49 €	62.530,54 €	64.135,23 €
davon: Auflösung Anschlussbeiträge	9.548,00 €	9.548,00 €	9.548,00 €	9.548,00 €	9.548,00 €
Summe Ausgaben	63.360,46 €	61.259,69 €	62.855,49 €	60.994,71 €	64.135,23 €
Rechnungsergebnis	506,00 €	-2.041,83 €	0,00 €	1.535,83 €	0,00 €
Ergebnis Nachkalkulation	-2.346,25 €	1.611,44 €	6.164,11 €	-292,46 €	-2.979,00 €
Gebührenausgleichsrücklage kumuliert	15.644,76 €	17.256,20 €	23.420,31 €	23.127,85 €	20.148,85 €
Jährliche Grundgebühr für Anschlusswert Zähler bis 10 cbm/h	120,00 €	120,00 €	120,00 €	120,00 €	120,00 €
Verbrauchsgebühr je m³ Abwasser	1,93 €	1,93 €	1,89 €	1,89 €	1,89 €

Quelle: Jahresrechnungen der Gemeinde 2012 - 2016

Die Amtsverwaltung erstellt regelmäßig Gebühren-/Nachkalkulationen nach den Vorschriften des § 6 Abs. 2 KAG. Die darauf aufbauende Gebührenkalkulation ergab für die Jahre 2017 - 2019 - bei einer unveränderten jährlichen Grundgebühr - eine kostendeckende Verbrauchsgebühr in Höhe von 1,55 € je m³ Abwasser, die seit dem 01.01.2017 satzungsmäßig auch erhoben wird. Folgend der Gebührenkalkulation soll die Gebührenausgleichsrücklage jährlich um 5.134,50 € aufgelöst werden.

Nach § 6 Abs. 2 KAG können zur Minderung der Benutzungsgebühren Beiträge jährlich mit einem nach der mutmaßlichen Nutzungsdauer oder Leistungsmenge gleichmäßig zu bemessenden Abschreibungssatz vom Anschaffungs-/Herstellungswert aufgelöst werden. Von dieser Möglichkeit macht die Gemeinde in ihrer Gebührenkalkulation Gebrauch. Allerdings ist festzustellen, dass im Zeitpunkt der Prüfung die Auflösung der Beiträge nicht entsprechend der Rechtsvorschrift nach § 6 Abs. 2 KAG erfolgte. Während der Prüfung wurde eine Änderung des Verfahrens zugesagt. ☒

### V.2.2 Niederschlagswasserbeseitigung

Die Gemeinde erhebt keine Gebühren für die Niederschlagswasserentsorgung. Sie schöpft dadurch ihre Einnahmemöglichkeiten nicht aus. Das GPA erwartet, dass nunmehr zügig die erforderlichen Maßnahmen zur entsprechenden Einführung der Benutzungsgebühr getroffen werden. Auf § 6 Abs. 1 KAG, wonach Benutzungsgebühren zu erheben sind, wenn die

Benutzung einer öffentlichen Einrichtung dem Vorteil Einzelner oder Gruppen von Personen dient, soweit nicht ein privatrechtliches Entgelt gefordert wird, sei in diesem Zusammenhang hingewiesen.

### V.2.3 Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr

Eine Gebühr für Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr wird in der Gemeinde Krumbek erhoben auf Grundlage der Gebührensatzung für Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 28.12.1999, die in der Fassung der zum 01.01.2002 in Kraft getretenen Euroanpassungssatzung vorliegt. Eine 2. Änderungssatzung<sup>4</sup> wurde von der Gemeindevertretung zwar beschlossen, aus den Akten lässt sich in der Folge jedoch nicht die Ausfertigung und Veröffentlichung der Änderungssatzung entnehmen, so dass nicht von einer wirksamen Satzungsänderung ausgegangen werden kann.

Für Einsätze und Leistungen der öffentlichen Feuerwehren nach § 29 Abs. 2 Brandschutzgesetz können Gebühren nach dem Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein erhoben werden. Hierbei sind die Regelungen des § 6 KAG zu beachten. Danach sollen Benutzungsgebühren so bemessen werden, dass sie die erforderlichen Kosten der laufenden Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Einrichtung decken. Die Kosten sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln. Zweck einer Gebührenkalkulation ist es, die finanzielle Gegenleistung für die Inanspruchnahme einer Einheit der gebührenpflichtigen Leistung zu ermitteln (VG Schleswig, Urteil vom 27.03.1998, Az.: 4 A 57/96).

Nach § 6 Abs. 2 KAG kann der Gebührenkalkulation ein Kalkulationszeitraum von bis zu drei Jahren zugrunde gelegt werden (Vorkalkulation). Danach ist anhand der Ist-Ausgaben zu prüfen (Nachkalkulation), ob es zu einer Kostenüber- oder -unterdeckung gekommen ist, die innerhalb der folgenden drei Jahre auszugleichen ist. Dies gilt auch für die Kalkulation der Gebühren für den Feuerwehrereinsatz.

Eine Kalkulation der einzelnen Gebührensätze entsprechend den Vorgaben des KAG konnte den vorgelegten Akten nicht entnommen werden, sie wurde aussagegemäß auch nicht vorgenommen. Da die Gebührensätze durch die Euroanpassungssatzung lediglich geglättet wurden, sind sie im Wesentlichen seit mindestens dem Jahr 2000 unverändert geblieben. Das GPA hält es daher für erforderlich, die tatsächlichen Gebührenbedarfe anhand einer aktuellen Gebührenkalkulation zu überprüfen. Da die Satzung ohnehin in absehbarer Zeit aus § 2 Abs. 1 Satz 3 KAG ihre Erledigung finden wird, bietet sich die verbleibende Zeit für eine entsprechende Überprüfung an. ⊗

Die Gebührenveranlagungen werden von der Verwaltung auf Grundlage der Eintragungen in der Feuerwehrsoftware „Fox“ vorgenommen. Eine in weiten Stichproben vorgenommene Überprüfung der Veranlagungen führte zu keinen Beanstandungen. Vielmehr war eine engagierte Aufgabenerledigung festzustellen.

---

<sup>4</sup> Anpassung des Satzungsrechtes aufgrund der Ergänzung des Brandschutzgesetzes um neue Gebührentatbestände

## V.2.4 Straßenreinigung

### Allgemeines

Nach § 45 Abs. 3 StrWG sind die Gemeinden für alle innerhalb der geschlossenen Ortslagen gelegenen Straßen, bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen jedoch nur für die Ortsdurchfahrten, reinigungspflichtig. Zur Reinigung gehören nach § 45 Abs. 2 StrWG auch die Schneeräumung auf den Fahrbahnen und Gehwegen, Radwegen und gemeinsamen (kombinierten) Geh- und Radwegen.

Die Gemeinden sind berechtigt, die Reinigungspflicht ganz oder teilweise den Eigentümern der anliegenden Grundstücke oder den zur Nutzung dinglich Berechtigten aufzuerlegen. Ferner sind sie berechtigt, die Eigentümer oder die zur Nutzung dinglich Berechtigten der anliegenden Grundstücke sowie der durch die Straße erschlossenen Grundstücke zu den entstehenden Kosten heranzuziehen, wobei die Herangezogenen als Benutzer einer Einrichtung im Sinne des § 6 KAG gelten.

Daraus folgt, dass die Gemeinden, die selbst in vollem Umfang die Straßenreinigung durchführen, keine Straßenreinigungssatzung erlassen müssen. Sie erlassen nur eine Gebührensatzung. Gemeinden, die nur eine teilweise Übertragung der Straßenreinigung vornehmen wollen, regeln dies über eine Straßenreinigungssatzung mit entsprechendem Inhalt. Straßenreinigungsgebühren können sie dann jedoch nur noch für die nicht übertragenen Reinigungsleistungen erheben.

### Gemeindliche Straßenreinigungssatzungen

Jede amtsangehörige Gemeinde des Amtes Probstei verfügt über eine Straßenreinigungssatzung. Allerdings unterscheiden sich diese Satzungen hinsichtlich ihres Alters und ihrer Qualität erheblich. Das GPA empfiehlt daher, auch für die Straßenreinigung gemeindeübergreifend eine Vereinheitlichung des Satzungsrechtes einzuführen. Da die Rechtsprechung hohe Anforderungen z.B. an die Übertragung der Reinigungspflicht stellt, kämen die in einer Gemeinde gewonnenen Erkenntnisse durch eine Aktualisierung der entsprechenden Master-Satzung automatisch allen weiteren amtsangehörigen Gemeinden zugute.

Die Satzungen wurden im Zeitraum von 1975 - 2017 erlassen. Teilweise enthalten sie noch Regelungen, die aufgrund der sich fortentwickelnden Rechtsprechung heute nicht mehr verwendet werden sollten. Die Gemeinden sind aufgerufen, eigenverantwortlich ihre Straßenreinigungssatzung entsprechend zu überprüfen, wobei die folgenden Ausführungen des GPA hierfür Hinweise geben können. 

**a)** Die Übertragung der Reinigungspflichten wird in den Satzungen z.T. pauschal (alle Straßen innerhalb der Ortslage) oder mittels eines speziellen Straßenverzeichnisses vorgenommen. Teilweise sind die Straßenverzeichnisse seit Satzungserlass nicht geändert worden. Dies hat zur Folge, dass die Gemeinde für zwischenzeitlich hinzugekommene neue Straßen keine Übertragung der Reinigungen vorgenommen hat und selber für die Reinigung zuständig ist/bleibt.

**b)** Für den Fall, dass die Grundstückseigentümer beider Straßenseiten reinigungspflichtig sind, wird häufig festgelegt, dass sich die Reinigungspflicht nur bis zur Straßenmitte erstreckt.

Das OVG Nordrhein-Westfalen hat in einem ähnlich gelagerten Fall entschieden<sup>5</sup>, dass eine Straßenreinigungssatzung mit entsprechender Regelung in Fällen von Stichstraßen und Sackgassen (mit oder ohne Wendehämmer) mangels der rechtsstaatlich erforderlichen Bestimmtheit keine wirksame Regelung zur Übertragung der Straßenreinigungspflicht enthält

<sup>5</sup> Urteil vom 11.12.2008, Az.: 9 A 3057/05 [DVBl 2009, 602 (Leitsatz)]

und wichtig ist. Es führte dazu aus, dass sich die beklagte Satzung für die Fallgestaltungen als unvollständig erweise, in denen es um geschlossene Straßenzüge geht. Dies betreffe etwa Stichstraßen oder Sackgassen. In diesen Fällen gebe es mehr als zwei Straßenseiten. Dies folge bei Wendehämmern daraus, dass der Bereich, der sich an den Hauptzug der Straße anschließt, nicht eindeutig einer bestimmten Straßenseite zugeordnet werden kann. Insoweit beinhalte die Satzung keine eindeutige Regelung, wen die Reinigungspflicht trifft bzw. welche Fläche von ihr erfasst wird. Während grundsätzlich jeder angrenzende Anlieger reinigungspflichtig sein soll, seien nach der Bestimmung ausschließlich die Grundstückseigentümer "beider", d. h. zweier Straßenseiten erwähnt, obwohl die genannten Straßen mehr als zwei Seiten aufweisen.

Das GPA empfiehlt daher, entsprechende Sachverhalte zu beachten und, falls erforderlich, die Übertragungsregelung entsprechend anzupassen.

**c)** In der Satzung sind insbesondere Art und Umfang der Reinigungspflicht zu bestimmen. An den Inhalt einer Straßenreinigungssatzung stellt die Rechtsprechung hohe Anforderungen. Sie muss eindeutige Regelungen treffen, damit der Reinigungspflichtige über den Umfang seiner Pflichten nicht im Unklaren ist. Die dem Grundstückseigentümer bzw. den zur Nutzung dinglich Berechtigten übertragenen Reinigungspflichten müssen deshalb in besonderer Weise dem Bestimmtheitsgebot genügen; der Reinigungsverpflichtete muss exakt wissen, welche Handlungen ihm konkret abverlangt werden.

Zur Reinigungshäufigkeit hat das OVG Schleswig-Holstein z.B. bereits mit Urteil vom 27.06.2000 (Az.: 4 K 2/00) ausgeführt, dass die Festlegung eines bestimmten Tages zur Erfüllung der Reinigungspflicht oder die Festlegung einer wöchentlichen Reinigungspflicht unverhältnismäßig sein können und empfohlen, den jahreszeitlich bedingten verstärkten Ansammlungen von Laub, Staub o.ä. durch eine bedarfsorientierte Reinigungshäufigkeit zu begegnen.

Auf Formulierungen dergestalt, dass sich „*die Reinigungspflicht auf eine einmal wöchentliche Reinigung an jedem Samstag bzw. am letzten Werktag vor gesetzlichen Feiertagen*“ bezieht, sollte daher verzichtet werden.

**d)** Es empfiehlt sich die Aufnahme von Satzungsbestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten.

**e)** Die Regelungen zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten müssen, schon wegen des Bestimmtheitsgrundsatzes, genaue Festlegungen enthalten, was konkret als Ordnungswidrigkeit gilt und wie eine Ahndung vorgesehen ist. Eine Formulierung wie „*wer die auferlegte oder übernommene Reinigungspflicht nicht erfüllt handelt ordnungswidrig, die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden*“ genügt diesen Anforderungen nicht.

### **Gemeindliche Straßenreinigungsgebührensatzungen**

Außer in den Gemeinden Ostseebad Laboe und Schönberg besteht in keiner weiteren Gemeinde im Amt Probstei eine gemeindliche Straßenreinigungsgebührensatzung. Dies ist in den Fällen, in denen die Reinigungsleistungen vollständig durch die Gemeinden übertragen worden sind, grundsätzlich auch folgerichtig.

Eine vollständige Übertragung der Reinigungsleistungen ist jedoch nicht in allen Fällen vorgenommen worden.

So verbleibt beispielsweise in einer amtsangehörigen Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 der Straßenreinigungssatzung der Winterdienst auf den Fahrbahnen ausdrücklich bei der Gemeinde.

Nach § 1 Abs. 1 ihrer Straßenreinigungssatzung betreibt eine andere Gemeinde die Reinigung der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze (öffentliche Straßen) innerhalb der geschlossenen Ortslagen als öffentliche Einrichtung, soweit die Reinigungspflicht nicht nach § 2 anderen übertragen wird. Übertragen hat sie nach § 2 ihrer Satzung jedoch nur die Reinigung der Gehwege und Rinnsteine.

Da die Eigentümer oder die zur Nutzung dinglich Berechtigten der anliegenden Grundstücke als Benutzer einer Einrichtung im Sinne des § 6 KAG gelten, sieht das GPA in den genannten Beispielfällen die Verpflichtung, bezogen auf die gemeindlichen Reinigungsleistungen entsprechende Benutzungsgebühren zu erheben<sup>6</sup>. Erfolgt eine Gebührenerhebung nicht, so schöpft die Gemeinde ihre Möglichkeiten zur Einnahmeerzielung nicht aus.

Eine weitere Gemeinde wiederum behält sich nach § 2 Abs. 4 ihrer Straßenreinigungssatzung vor „im Winter die Bürger bei der Räumung der Straßen vom Schnee durch den Einsatz eines Räumfahrzeugs zu unterstützen“, wobei die generelle Übertragung der Reinigungsleistungen hiervon unberührt bleiben soll.

Dieser Fall stellt eine freiwillige Leistung der Gemeinde dar, zu der sie gesetzlich nicht verpflichtet ist. Der Aufwand wäre grundsätzlich über eine Straßenreinigungsgebühr umlegbar.

Die Gemeinden des Amtes Probstei sind aufgefordert, zu überprüfen, ob und inwieweit durch Regelungen der Straßenreinigungssatzung oder durch tatsächliches Verhalten Umstände eintreten, die den Erlass einer Straßenreinigungsgebührensatzung erforderlich machen. 

### V.2.5 Aufgabenerledigung nach dem Bestattungsgesetz

Mit dem Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Schleswig-Holstein (Bestattungsgesetz - BestattG) wurden bestimmte Aufgaben den Gemeinden als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben zugewiesen (§ 27 Abs. 2 BestattG). Bis Inkrafttreten des BestattG in 2005 galt u.a. die LVO über das Leichenwesen, aus der sich beispielsweise Zuständigkeiten der Amtsvorsteher als örtliche Ordnungsbehörden ergaben (Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung). Die Zuständigkeiten unter Geltung der LVO Leichenwesen wurden durch das BestattG jedoch vollständig verdrängt, der von den Gemeinden zu erledigende Aufgabenumfang hat sich gegenüber der früheren Rechtslage erweitert.

Nach § 27 Abs. 3 BestattG haben die Gemeinden für Amtshandlungen nach dem BestattG Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Kommunalabgabengesetz durch Satzung zu erheben. Dies betrifft solche Amtshandlungen, die unmittelbar dem Vollzug des Bestattungsgesetzes dienen, wie beispielsweise die Genehmigung der Gemeinde für einen privaten Bestattungsplatz, die Ausstellung eines Leichenpasses, die Genehmigung von Verkürzungen/Verlängerungen der Fristen bei Überführung in einen Leichenraum, die Genehmigung zur Ausgrabung/Umbettung einer Leiche usw.

Aktuell liegt eine Satzungsregelung der Gemeinde für die Gebührenerhebung für Aufgabenerledigungen nach dem BestattG nicht vor. Das GPA empfiehlt, eine entsprechende Regelung zu schaffen.

<sup>6</sup> § 6 Abs. 1 KAG: Benutzungsgebühren sind zu erheben ...

### V.3 Straßenbau- und Erschließungsbeiträge

Unabhängig davon, ob im Einzelfall für die Abrechnung einer beitragsfähigen Ausbaumaßnahme die Regeln des Erschließungs- oder des Straßenbaubeitragsrechts angewendet werden müssen, sind für entsprechende Maßnahmen Beiträge zu erheben. Diese Beitragserhebungspflicht ergibt sich zweifelsfrei aus den einschlägigen Bestimmungen im Kommunalabgabengesetz (KAG) und im Baugesetzbuch (BauGB) und setzt entsprechende Satzungsregelungen voraus.

Bezüglich der Straßenbaubeiträge ist darauf hinzuweisen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag (bereits) Ende 2012 die in § 76 Abs. 2 GO vorgesehene Möglichkeit zum Verzicht auf deren Erhebung gestrichen hat und damit (erneut) die Verpflichtung der Gemeinden geschaffen hat, Beiträge für den Straßenausbau zu erheben. Zu diesem Ergebnis ist im Übrigen auch der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages in seinem jüngst erschienenen Abschlussbericht vom 25.04.2017 gekommen.

Die Pflicht zur Erhebung von Beiträgen erfasst im Übrigen auch Maßnahmen der Straßenbeleuchtung und der Straßenentwässerung, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die unter einen Beitragstatbestand fallen, und sie den Grundstücken beitragsrechtliche Vorteile vermitteln. Dieser Beitragserhebungspflicht kann die Gemeinde jedoch nur nachkommen, wenn sie auch aktuelle und den Anforderungen entsprechende Beitragssatzungen vorhält.

Oftmals wird von Gemeinden, die über keine Beitragssatzungen verfügen, argumentiert, dass es keiner entsprechenden Satzung bedarf, weil ohnehin „lediglich“ Unterhaltungsmaßnahmen, die nicht beitragsfähig sind, an den Straßen vorgenommen werden würden. Diese Argumentation beschreibt die Realität jedoch nur sehr unvollständig.

Nach der DIN 31051 sind Instandhaltung die technischen und administrativen Maßnahmen, die während des Lebenszyklus zur Erhaltung des funktionstüchtigen Zustandes eines Vermögensgegenstandes oder der Rückführung in diesen funktionstüchtigen Zustand anfallen, so dass dieser die geforderte Funktion erfüllen kann.

Ein Vermögensgegenstand wird bei Unterhaltungsaufwand insofern in einem ordnungsgemäßen Zustand oder in seiner Funktionsfähigkeit erhalten und gleichwohl - wie beim Vorliegen von Herstellungsaufwand - auch verbessert. Es liegt jedoch keine wesentliche Verbesserung/Werterhöhung des Vermögensgegenstandes vor. Vorhandene Teile des Vermögensgegenstandes werden lediglich ersetzt oder modernisiert. Diese Aufwendungen können regelmäßig wiederkehren (Unterhaltungsaufwand bzw. laufende Kosten der Instandhaltung) oder auch unregelmäßig, selten oder einmalig (Reparaturaufwendungen, Pflege- und Wartungskosten) sein.

Beispiele:

- Austausch der Deckschicht in gleicher Qualität
- Austausch einzelner Leuchtkörper
- Reparatur einzelner Straßenschäden
- Wartung von Leuchtkörpern

Solange eine Straßenbaumaßnahme also nur darin besteht, die schadhafte Deckschicht einer Asphaltstraße (Verschleißdecke) zu beseitigen und dann eine neue Deckschicht, also nicht mehr als die obersten 4 cm, aufzubringen, handelt es sich um eine Unterhaltungsmaßnahme.

Von Unterhaltungsmaßnahmen zu unterscheiden sind die im Straßenbaubeitragsrecht bekannten Tatbestände Herstellung, Ausbau, Umbau sowie Erneuerung, die beitragsfähig sind, wenn den Anliegern hierdurch Vorteile erwachsen (§ 8 Abs. 1 KAG).

So versteht man beispielsweise unter Erneuerung die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhaften Straße in einen dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand. Die Erneuerung von Straßen ist in Zeiträumen zwischen 25 und 35 Jahren erforderlich und als beitragsfähig anerkannt. Von daher dürfte es vor dem Hintergrund des bereits betagten Straßenbestandes im Amtsbereich lediglich eine Frage der Zeit sein, bis es zu einer beitragsfähigen Maßnahme kommen muss.

Auch im Bereich des Amtes Probstei in der Vergangenheit bereits durchgeführte Maßnahmen beinhalten bei genauerer Sichtung durch den technischen Prüfer Leistungen, die einem der vorgenannten Ausbautatbestände zuzuordnen sind. Derartige Maßnahmen werden oft als Sanierungsmaßnahme bezeichnet, wobei der Begriff Sanierung häufig als Synonym für (nicht beitragsfähige) Unterhaltungsmaßnahmen verwendet wird.

So wurde es beispielsweise bei einer sog. Straßensanierung einer Gemeinde im Amtsgebiet erforderlich, den Unterbau des vorhandenen Gehweges um eine frostsichere Kiestragschicht zu ergänzen. Beim Abfräsen der Asphaltdecke im Bereich der Parkplätze wurde festgestellt, dass überhaupt kein Unterbau vorhanden war. Auch hier mussten Frostschutz- und Kiestragschicht eingebaut werden. Aus Sicht des GPA dürfte es sich bei beiden vorbeschriebenen Leistungen um beitragsfähigen Aufwand gehandelt haben, für den eine Beitragserhebung vorstellbar gewesen wäre, wenn entsprechendes Satzungsrecht vorgelegen hätte.

Die Unterscheidung zwischen Unterhaltungs- und Straßenausbaumaßnahmen spielt auch haushaltstechnisch eine Rolle.

Straßenausbaumaßnahmen stellen als wertverbessernde/werterhöhende Maßnahmen Investitionen dar, die im Vermögenshaushalt abzubilden sind. Nach § 85 Abs. 1 GO dürfen Kredite u.a. nur für Investitionen aufgenommen werden. Dies bedeutet, dass für Straßenausbaumaßnahmen die Kreditfinanzierung nur unter Berücksichtigung der normierten Beitragserhebung(spflicht) zulässig ist.

Unterhaltungsmaßnahmen werden bekanntermaßen, entsprechend der Verwaltungsvorschriften über die Gruppierung kameraler Haushaltspläne, in der Gruppierung 51 des Verwaltungshaushaltes abgebildet und kommen aufgrund der Zuordnung zum Verwaltungshaushalt für eine Kreditfinanzierung nicht infrage, sondern sind durch die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes entsprechend zu erwirtschaften. Die Abbildung von Unterhaltungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt, beispielsweise um den Verwaltungshaushalt zu entlasten, wäre folglich unzulässig.

Da die Unterscheidung zwischen Unterhaltungsmaßnahmen und beitragsfähigen Ausbautatbeständen auch im Rahmen der Haushaltsplanungen oftmals Schwierigkeiten bereitet, eine Unterscheidung aber aus vorgenannten Gründen notwendig ist, empfiehlt das GPA, die beauftragten Ingenieure bereits im Vorfeld zu einer eindeutigen Benennung der geplanten Maßnahme aufzufordern .

Dies könnte im Zusammenhang mit der Erstellung eines Bauprogrammes (durch den Ingenieur) erfolgen. Statt der pauschalen Beschreibung einer Maßnahme als Sanierungsmaßnahme sollte eine eindeutige Einordnung in einen der Ausbautatbestände vorgenommen werden. (Erst) wenn keiner dieser Tatbestände vorliegt, dürfte es sich um eine Unterhaltungsmaßnahme handeln. Ein Bauprogramm sollte im Vorfeld einer Maßnahme immer erstellt werden. Einerseits ist es zwingende Voraussetzung, um das Entstehen der Beitragspflicht festlegen zu können, andererseits dient es zur Dokumentation eines planvollen Verwaltungshandelns als Grundlage zur Beurteilung der Frage, ob eine Kreditfinanzierung zulässig wäre.

Im Amt Probstei verfügt derzeit die Gemeinde Schönberg als einzige Gemeinde sowohl über eine Straßenbaubeitragssatzung als auch eine Erschließungsbeitragssatzung. Die Gemeinden Probsteierhagen und Stakendorf verfügen aktuell jeweils nur über eine Straßenbaubeitragssatzung, alle anderen amtsangehörigen Gemeinden verfügen weder über eine Straßenbaubeitragssatzung noch über eine Erschließungsbeitragssatzung und kommen somit ihrer gesetzlich normierten Beitragserhebungspflicht nicht nach.

Das GPA fordert die Gemeinden des Amtes Probstei dringend auf, jeweils eine den Anforderungen entsprechende Straßenbaubeitragssatzung und Erschließungsbeitragssatzung zu erlassen. Grundlage für die zu erstellenden Straßenbaubeitragssatzungen könnte beispielsweise die im Auftrage der Gemeinde Brodersdorf erarbeitete Satzung sein, die erstaunlicherweise trotz hoher Kosten und erheblichem Arbeitsaufwand durch die Verwaltung letztendlich in der Gemeindevertretungssitzung am 05.12.2016 doch nicht beschlossen wurde. Die notwendige Bereitstellung entsprechender personeller Ressourcen zur Abarbeitung der dann vorzunehmenden Beitragsveranlagungen sei in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt.

Ein weiteres Abwarten oder Hinauszögern ist nicht zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang erneuert das GPA den Hinweis auf den vielbeachteten Aufsatz „Erschließungs- oder Straßenausbaubeiträge sowie Strafbarkeit einer Verletzung der Erhebungspflicht“<sup>7</sup> des früheren Vorsitzenden Richters am Bundesverwaltungsgericht, Hans-Joachim Driehaus, in dem dieser feststellt, dass die in erster Linie den Bürgermeistern und den Ratsmitgliedern (= Gemeindevertretung) obliegende Vermögensbetreuungspflicht auch die Realisierung der gesetzlich angeordneten Beitragserhebung umfasst:

*„Das Absehen von einer solchen Beitragserhebung sowie die Weigerung zum Erlass einer für eine solche Beitragserhebung vorauszusetzenden Satzung vor Durchführung einer beitragsfähigen Ausbaumaßnahme verstößt angesichts des dadurch begründeten Beitragsausfalls gegen diese Vermögensbetreuungspflicht und erfüllt objektiv den Treubruchtatbestand des § 266 Abs. 1 StGB.“* (Zitat Driehaus)

Eine häufig vorgetragene Argumentation, die Beitragssatzung werde erlassen, sobald eine beitragsfähige Maßnahme unmittelbar bevorsteht, ist nach den Erfahrungen des GPA nicht realistisch umsetzbar. Der (erstmalige) Erlass einer Beitragssatzung erfordert umfangreiche vorbereitende Tätigkeiten (z.B. Bestandsaufnahmen, Festlegung von Tiefenbegrenzungen usw.), die geraume Zeit erfordern. Zumeist sind die Baumaßnahmen bei Vorliegen der Satzung dann jedoch bereits abgeschlossen oder so weit vorangeschritten, dass eine Beitragserhebung nicht mehr zulässig wäre.

Von der Einführung sog. wiederkehrender Beiträge nach § 8a KAG sollte, zumindest noch derzeit, abgesehen werden. Zentraler Bestandteil der letzten Änderungen des Kommunalabgabengesetzes war die Einführung dieser wiederkehrenden Beiträge für Verkehrsanlagen. Der neue § 8a KAG geht allerdings von einer anderen (völlig neuen) Nomenklatur aus und erzeugt damit entsprechende rechtliche Unsicherheiten. Dies betrifft beispielsweise den Begriff „Verkehrsanlagen“, der sich, außer in § 8a KAG, im gesamten bisherigen Gesetz nicht wiederfindet. Die Hoffnung vieler Kommunen, das gesamte Gemeindegebiet zu einer einzigen Abrechnungseinheit bestimmen zu können, wurde durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.06.2014 (Az.: 1 BvR 668/10, 1 BvR 2104/10) deutlich relativiert. Auch wurde im Zuge des Anhörungsverfahrens zum Gesetzentwurf auf deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Einführung der wiederkehrenden Beiträge hingewiesen. Aus Sicht des Gemeindeprüfungsamtes stehen daher noch wesentliche (vermutlich verwaltungsgerichtlich) zu treffende Entscheidungen an, bevor eine rechtssichere Anwendung des § 8a KAG möglich ist.

<sup>7</sup> Kommunale Steuer-Zeitschrift 2008, Heft 6, Seiten 101 ff.

Das GPA hat die Amtsverwaltung gebeten, zusammengefasst zu berichten, wie die amts-angehörigen Gemeinden zukünftig ihren gesetzlich normierten Beitragserhebungspflichten nachkommen werden.

## VI. Einzelne Prüfungsbereiche und Hinweise

### VI.1 Kindertagesstätte Spielgruppe Wurzelkinder e.V.

Träger der Kindertagesstätte „Spielgruppe Wurzelkinder“ in 24217 Krumbek, Im Dorfe 4, ist der Verein Wurzelkinder e.V. Ein Trägervertrag zwischen dem Wurzelkinder e.V. und der Gemeinde Krumbek wurde bislang nicht geschlossen.

Die „Spielgruppe Wurzelkinder“ ist im Bedarfsplan aufgenommen und als Kindergarten anerkannt. Die Förderung durch das Land Schleswig-Holstein und dem Kreis Plön erfolgt wie in allen anderen Einrichtungen auch.

Durch die vorliegende Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII vom 23.12.2008, erteilt durch das Amt für Jugend und Sport des Kreises Plön - Kindertagesstättenaufsicht -, ist der Träger ermächtigt rückwirkend ab dem 01.08.2008, in der Kindertagesstätte Kinder in einer Regelgruppe gemäß § 6 KiTa-VO mit bis zu 18 Kinder im Alter von 3 - 6 Jahren zu fördern und zu betreuen.

Unter Berücksichtigung der vom Träger vorgelegten Abrechnungen stellt sich die Kostensituation der Kindertagesstätte „Spielgruppe Wurzelkinder“ im Prüfzeitraum wie folgt dar:

<b>Spielgruppe Wurzelkinder</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Benutzungsgebühren	25.586,60 €	25.954,60 €	34.533,28 €	33.925,75 €
Sonstige Einnahmen	30.592,17 €	22.062,59 €	20.632,20 €	19.994,38 €
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>56.178,77 €</b>	<b>48.017,19 €</b>	<b>55.165,48 €</b>	<b>53.920,13 €</b>
Pädagogische Personalkosten	61.106,29 €	66.473,77 €	66.007,10 €	60.651,44 €
Übrige Personalkosten	2.265,36 €	2.394,58 €	3.128,68 €	7.399,55 €
Sonstige Sachausgaben	13.583,75 €	11.781,75 €	13.610,84 €	12.915,88 €
<b>Betriebsausgaben insgesamt</b>	<b>76.955,40 €</b>	<b>80.650,10 €</b>	<b>82.746,62 €</b>	<b>80.966,87 €</b>
Kostendeckungsgrad	73,00 %	55,33 %	66,67 %	66,60 %
Fehlbetragsgrad	27,00 %	40,47 %	33,33 %	33,40 %
Unterschuss jährlich	20.776,63 €	32.632,91 €	27.581,14 €	27.046,74 €
Anzahl der Plätze	18	18	18	18
Unterschuss pro Platz/Monat	96,19 €	151,08 €	127,69 €	125,22 €
<b>Kostendeckungsgrad der Betriebskosten durch Elternbeiträge</b>	<b>33,25 %</b>	<b>32,18 %</b>	<b>41,73 %</b>	<b>41,90 %</b>

Anhaltspunkt zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage eines Kindergartens stellt der Kostendeckungsgrad der Betriebskosten, der durch die Elternbeiträge erreicht wird, dar. Die kommunalen Landesverbände empfehlen für kreisangehörige Gemeinden eine Kostendeckung durch Elternbeiträge in Höhe von mindestens 30 %. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, liegt dieser Kostendeckungsgrad weit über der empfohlenen Höhe von 30 %.

Laut Mitteilung des zuständigen Mitarbeiters des Amtes Probstei, ist der Abschluss eines Trägervertrages mit dem Wurzelkinder e.V. angestrebt. Verhandlungen laufen, die eventuell am Ende dieses Jahres abgeschlossen werden können.

Die Jahresrechnung 2016 lag bis zum Abschluss der überörtlichen Prüfung noch nicht vor.

Für den Datenschutz im Bereich der Kindertagesstätten wird auf Artikel und Informationen des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) - veröffentlicht unter <https://www.datenschutzzentrum.de/bildung/kita/> - hingewiesen; insbesondere auf folgende Artikel:

- Fotografieren von Kindern in Kindertagesstätten - Welche datenschutzrechtlichen Fragestellungen sind zu beachten? (Artikel 997 vom 15.10.2015)
- Fotos von in der Kindertagesstätte (KiTa) betreuten Kindern auf der Webseite der Kita (Artikel 1055 vom 15.09.2016)

Die vorgenannten Informationen wurden im Rahmen der überörtlichen Prüfung für diesen Bereich jeweils mit dem zuständigen Sachbearbeiter besprochen.

## **VI.2 Prüfung von Beschaffungsmaßnahmen**

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Gemeinde Krumbek für den Zeitraum von 2012 - 2016 wurde folgende Beschaffungsmaßnahme geprüft:

- Beschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeuges TSF-W für die Freiwillige Feuerwehr Krumbek.

### 1. Beschreibung zur Beschaffungsmaßnahme:

Anhand des im Jahr 2013 aufgestellten Feuerwehrbedarfsplanes hat die Freiwillige Feuerwehr Krumbek das Erfordernis aufgezeigt, ein aus dem Jahr 1980 stammendes Löschgruppenfahrzeug aufgrund der veralteten und reparaturanfälligen Technik durch ein neues Tragkraftspritzenfahrzeug mit Wasser (TSF-W) zu ersetzen. Im Jahr 2015 konnte die Freiwillige Feuerwehr Krumbek das neue Fahrzeug in Betrieb nehmen, das auch mit neuen Ausrüstungsgegenständen ausgestattet worden ist.

### 2. Vorbereitungen zur Beschaffungsmaßnahme durch die Gemeinde Krumbek:

Nach der Anmeldung der erforderlichen Ersatzbeschaffung für das veraltete Löschgruppenfahrzeug bei der Gemeinde Krumbek hat die Gemeinde entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, so dass im Anschluss in Zusammenarbeit zwischen der Freiwilligen Feuerwehr Krumbek, der Gemeinde Krumbek und dem Amt Probstei, das das Vergabeverfahren durchgeführt hat, die Anforderungen an das neue Fahrzeug und die Ausrüstungsgegenstände festgelegt wurden. Zum Abschluss dieser Abstimmungen mit der Erstellung der Leistungsbeschreibung wurden Gesamtkosten für die Beschaffung in Höhe von 100.000,00 € brutto angesetzt, wobei eine genaue Kostenschätzung oder -berechnung in den gesichteten Unterlagen nicht vorhanden war.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine aussagekräftige Kostenschätzung oder -berechnung zur Vorbereitung einer Auftragsvergabe unbedingt erforderlich ist, da von diesem Ergebnis unmittelbar die Wahl des Vergabeverfahrens abhängt und eine Kontrolle der Kostenentwicklung für die Beschaffungsmaßnahme ansonsten nur eingeschränkt möglich ist.

### 3. Vergabe, Ausführung und Abrechnung der Leistungen:

Nach der Fertigstellung der Ausschreibungsunterlagen sind unter Beachtung der Wertgrenzen der Schleswig-Holsteinischen Vergabeverordnung 8 Firmen zur Abgabe eines Angebotes für die Beschaffung des Tragkraftspritzenfahrzeuges aufgefordert worden. Angaben zu den einzelnen Beschaffungen inklusive der Auftrags- und Abrechnungssummen enthält die folgende Tabelle:

Gegenstand der Beschaffung	Art der Vergabe	Datum der Submission bzw. Angebots-eröffnung	Anzahl der eingegangenen Angebote	Auftrags-summe (brutto)	geprüfte Gesamt-abrechnungs-summe (brutto)
Los 1: Fahrgestell für das Tragkraft-spritzenfahrzeug TSF-W	beschränkt	29.07.2014	2	53.312,00 €	53.312,00 €
Los 2: Aufbau für das Tragkraftspritzenfahr-zeug TSF-W	beschränkt	29.07.2014	3	43.458,80 €	43.922,90 €

Zu den beiden Vergabeverfahren haben sich von Seiten des Gemeindeprüfungsamtes folgende Prüfungsanmerkungen ergeben:

- In den Ausschreibungsunterlagen hat die Gemeinde Krumbek 3 Wertungskriterien (Preis, technischer Wert und Vertragsbedingungen) mit einer entsprechenden prozentualen Gewichtung angegeben. Dabei sind allerdings nur für das Wertungskriterium „Preis“ die Angaben dazu vorhanden, wie die Punktebewertung vorgenommen werden soll. Auch wenn nach den Vorgaben aus § 8 Abs. 1 Buchstabe b der VOL/A eine Benennung der Gewichtung für die Zuschlagskriterien nicht vorgegeben ist, empfiehlt sich für eine transparente Darstellung der Ausschreibungsunterlagen und für eine unkomplizierte Erstellung der Angebote von Seiten der Bieter sowie zur besseren Bewertung der eingegangenen Angebote, die Angabe der Wertungskriterien inklusive der Gewichtungen und der Vorgaben für die Punktebewertungen.

Nach dem Eingang der Angebote hat die Gemeinde Krumbek die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes durchgeführt. In den gesichteten Unterlagen lag allerdings keine Bewertung der Angebote in Hinsicht auf die genannten Wertungskriterien vor. Die Aufträge für die beiden Lose wurden jeweils an die günstigsten Bieter vergeben.

- Bei der Durchsicht des Leistungsverzeichnisses ist weiterhin aufgefallen, dass dort neben einer Spalte für die Mengenangabe lediglich eine Spalte für den Gesamtpreis der einzelnen Position eingerichtet worden ist. Um eine bessere Übersicht über die Angebotspreise zu erhalten, mögliche Rechen- und Kalkulationsfehler und bei Nachträgen die Kalkulationsgrundlagen besser erkennen zu können, wird in den Leistungsbeschreibungen für zukünftige Maßnahmen unbedingt empfohlen, auch eine Spalte für den Einheitspreis vorzusehen.
- In den eingegangenen Angeboten sind für die Gesamtpreise von den einzelnen Bietern mehrfach Angaben wie „Serie“, „ohne MP“ (diese Abkürzung steht für Mehrpreis), „enthalten“ oder Preise wie „0,-“ vorhanden. Diese Angaben können zulässige Preisangaben darstellen, hierzu ist dann jedoch vom Auftraggeber eine Überprüfung dieser Preisangaben auf Korrektheit und Auskömmlichkeit durchzuführen. Ergeben sich dabei noch Unklarheiten auf Seiten des Auftraggebers, hat mit dem Bieter eine Aufklärung zum Angebotsinhalt nach § 15 der VOL/A zu erfolgen. Eine schriftliche Dokumentation

dieser Überprüfung und Aufklärung, für die bei dieser Maßnahme keine Vermerke in den gesichteten Unterlagen vorhanden waren, ergibt sich dabei aus der Anforderung einer Dokumentation zum Vergabeverfahren gemäß § 20 der VOL/A.

- Für ihre Leistungen im Los 2, die auch gegenüber dem Auftrag einige zusätzliche Leistungen enthielten, hat die Firma A. 3 Abschlagszahlungen sowie eine Schlusszahlung erhalten, ausgezahlt wurde dabei insgesamt ein Betrag in Höhe von 43.922,40 € brutto. Somit hat die Firma A. von der Gemeinde Krumbek den sehr geringen Betrag von 0,50 € brutto zu wenig erhalten. Die Überprüfung und Auszahlung von Rechnungen hat von Seiten des Auftraggebers mit größtmöglicher Sorgfalt zu erfolgen, so dass derartige Ungenauigkeiten, die gegebenenfalls auch größere Beträge betreffen können, nicht vorkommen sollten.

Weitere Beanstandungen zu den Ausschreibungsunterlagen, zum Vergabeverfahren und zur Abrechnung der Leistungen haben sich nicht ergeben.

Für die feuerwehrtechnische Beladung hat die Gemeinde Krumbek im März 2015 einen Auftrag über 13.612,18 € brutto an die Firma M. vergeben. Außer dem Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung zur beabsichtigten Auftragsvergabe lagen hierzu keine weiteren Unterlagen zum Vergabeverfahren oder zur Abrechnung des Auftrags vor. Es wird darauf hingewiesen, dass für diese Beschaffung, die unmittelbar mit der Beschaffung des neuen Tragkraftspritzenfahrzeuges im Zusammenhang steht, die gleiche Art des Vergabeverfahrens wie für die beiden anderen Lose zu wählen ist und die voraussichtlichen Kosten für diese Beschaffung auch bei der Kostenschätzung oder -berechnung der gesamten Maßnahme zu berücksichtigen sind.

#### 4. Zuweisungen und Zuwendungen:

Auf Grundlage des Verwendungsnachweises mit ausgewiesenen Gesamtkosten von 97.234,40 €, erfolgte am 24.09.2015 die Auszahlung der Zuwendung in Höhe von 24.500,00 € durch den Kreis Plön an die Gemeinde Krumbek.

#### 5. Zusammenfassung zur Beschaffungsmaßnahme:

Die Beschaffungsmaßnahmen werden bei der Gemeinde Krumbek nach den Regeln der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Die Gemeinde Krumbek ist dabei in den Ablauf durch die Beteiligung an den Entscheidungen und die Teilnahme an Besprechungen gut eingebunden. Die vorgefundenen Akten waren gut strukturiert und prüfbar. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit zu einem späteren Zeitpunkt oder für nicht in die Maßnahmen eingebundene Personen ist die Vollständigkeit von Akten und Unterlagen, z.B. der Verträge und Rechnungen von Firmen und Planungsbüros, der Prüfberichte, Ausschreibungsunterlagen, Ausführungspläne, Besprechungs- und Abnahmeprotokolle sowie des Schriftverkehrs, unbedingt erforderlich, wobei auch immer auf eine genaue Datumsangabe zu achten ist.

Wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Vergabegrundsätze des Wettbewerbes, der Transparenz und der Gleichbehandlung aller Bieter ohne Diskriminierungen.

## VII. Schlussbemerkungen

### VII.1 Finanzsituation der Gemeinde

Der Verwaltungshaushalt der Gemeinde Krumbek hat –mit Ausnahme des Haushaltsjahres 2012- in allen weiteren betrachteten Haushaltsjahren einen Überschuss erwirtschaftet, welcher sich in der Zuführung zum Vermögenshaushalt (Grupp.-Nr. 86) widerspiegelt. Der um Tilgungsleistungen, pflichtige Rücklagenzuführungen und etwaige Fehlbeträge bereinigte Zuführungsbetrag dient als sogenannter freier Finanzspielraum und als Gradmesser für die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune. Der freie Finanzspielraum spiegelt den Betrag wider, welcher von der Kommune in dem jeweiligen Haushaltsjahr zur investiven Verwendung erwirtschaftet wurde.

	Bezeichnung	Gruppierungs-Nr.					
			2012	2013	2014	2015	2016
1	Zuführung zum Vermögenshaushalt	86	16.652,97 €	120.717,60 €	22.036,13 €	43.352,05 €	28.978,96 €
2	abzügl. Kreditbeschaffungskosten und ordentliche Tilgung (§ 21 Abs. 1 Nr. 1)	990, 97 ohne 97_9	16.652,97 €	13.919,30 €	10.773,93 €	11.133,88 €	11.505,89 €
3	abzügl. Zuführung zur Sonderrücklage - Rückstellungen (§ 21 Abs. 1 Nr. 2)	9110	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5.500,00 €
4	abzügl. Zuführung zur Sonderrücklage - Abschreibungsrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 3)	9120	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	abzügl. Zuführung zur Sonderrücklage - Gebührenausgleichsrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 4)	9130	0,00 €	0,00 €	2.470,72 €	0,00 €	0,00 €
6	abzügl. Zuführung zu Rücklagen der Treuhandvermögen (§ 21 Abs. 1 Nr. 5)	9190	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	abzügl. Zuführung zur Finanzausgleichsrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 6)	9140	0,00 €	0,00 €	0,00 €	31.235,67 €	0,00 €
8	abzügl. Zuführung zur Altersteilzeitrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 7)	9151	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	abzügl. Zuführung zur Altlastenrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 8) für Altlasten, die ab 2008 bekannt geworden sind	9160	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	abzügl. Zuführung zur Steuerrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 9)	9170	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11	abzügl. Zuführung zur Verfahrensrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 10)	9171	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	abzügl. des Fehlbetrages / -bedarfes		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	freier Finanzspielraum	EUR	0,00 €	106.798,30 €	8.791,48 €	982,50 €	11.973,07 €
	Einwohnerzahl	EUR/Ew. <sup>1</sup>	0,00 €	262,40 €	20,98 €	2,33 €	29,20 €
			404	407	419	421	410
	nachrichtlich:						
14	Abschreibungen	270	30.327,00 €	33.103,76 €	32.797,72 €	30.327,00 €	51.103,14 €
15	Verwendung von Mitteln der allgemeinen Rücklage, der Finanzausgleichsrücklage oder Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens (§ 1 Abs. 1 Nr. 2) zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes (§ 21 Abs. 3).		0	0	0	0	0
16	Zuführung zur Pensionsrücklage (§ 19 Abs. 4 Nr. 5)	9150	0	0	0	0	0
17	Zuführung zur Alterslastenrücklage (§ 21 Abs. 1 Nr. 8) für Altlasten, die vor 2008 bekannt geworden sind	9160	0	0	0	0	0
18	Zuführung zu sonstigen Sonderrücklagen (§ 19 Abs. 4 Nr. 12)	9192	0	0	0	0	0
19	Zuführung zur Beihilferücklage (§ 19 Abs. 4 Nr. 13)	9193	0	0	0	0	0

<sup>1</sup> Einwohnerzahl 31.03. des Vorjahres

Weitere Kennzahlen, die Rückschlüsse auf die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit von Kommunen erlauben und somit in die Beurteilung der Finanzlage einbezogen werden müssen, sind die Steuer- und die Finanzkraft der jeweiligen Kommune.

Die **Steuerkraft** ermittelt sich aus der Addition der Ist-Beträge der kommunalen Realsteuern sowie des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer eines Haushaltsjahres, die nach den Nivellierungssätzen des Finanzausgleichsgesetzes einer speziellen Gewichtung unterzogen

werden. Die **Finanzkraft** einer Kommune bemisst sich nach ihrer Steuerkraftmesszahl zuzüglich erhaltener Schlüsselbetragszuweisungen.

2016	Steuerkraft	Finanzkraft
Landesdurchschnitt	874,51 €	1066,84 €
Amtsdurchschnitt	672,39 €	921,52 €
Gemeinde	794,29 €	958,07 €

Die Steuer- und Finanzkraft der Gemeinde Krumbek liegen im Jahr 2016 über dem Amtsdurchschnitt, jedoch noch unter dem Landesdurchschnitt.

Zusammenfassend ist die Finanzlage der Gemeinde als zufriedenstellend zu bezeichnen. Der Haushaltsausgleich konnte in allen Jahren des Prüfungszeitraumes erwirkt werden, ohne eine Zuführung vom Vermögenshaushalt. Die im Prüfungszeitraum getätigten Investitionen in Höhe von rund 460.000,00 € konnten über die Entnahme der allgemeinen Rücklage, der erwirtschafteten freien Finanzspielräume und der moderaten Kreditaufnahme finanziert werden.

Vorrangiges Ziel der Gemeinde sollte einerseits die Entschuldung sein, um den Verwaltungshaushalt von den Zins- und Tilgungsleistungen zu entlasten und andererseits, den Bestand der allgemeinen Rücklage zu erhöhen, damit die Gemeinde finanziell flexibel bleibt.

## VII.2 Prüfungsschlussbemerkungen

Die Gemeinde Krumbek hat während des Berichtszeitraumes 2012 - 2016 die wachzunehmenden Aufgaben unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt. Den in diesem Bericht festgehaltenen Anregungen und Hinweisen sollte bei der weiteren Verwaltungsarbeit gefolgt werden. Sie dienen einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Verwaltungsführung.

Das Gemeindeprüfungsamt kann aufgrund der vorgenommenen Prüfung bestätigen, dass die Haushaltswirtschaft der Gemeinde im Rahmen der Gesetze und Vorschriften wahrgenommen wird.

Das Ergebnis dieser überörtlichen Prüfung wurde gemäß § 7 KPG am 27.09.2017 in einer Schlussbesprechung im Beisein der Leiterin der Abteilung Kommunalaufsicht des Kreises Plön, des Amtsvorstehers, Vertretern/innen der amtsangehörigen Gemeinden, sowie der leitenden Verwaltungsebene des Amtes Probstei in der Amtsverwaltung erörtert.

Die in diesem Bericht aufgezeigten Mängel sind von unterschiedlicher Bedeutung. Die gegebenen Empfehlungen, Hinweise und Anregungen sollten künftig beachtet werden. Es wird gebeten, insbesondere zu den mit ☒ gekennzeichneten Prüfungsaussagen Stellung zu nehmen. Die Anlage 5 dieses Berichtes enthält eine Übersicht dieser Punkte. Dennoch wird von der Gemeinde eine kritische Auseinandersetzung mit dem gesamten Prüfungsergebnis erwartet.

Die Gemeindevertretung hat gemäß § 28 Nr. 21 GO und gemäß § 7 Abs. 3 KPG zum Ergebnis dieser überörtlichen Prüfung gegenüber der Prüfungsbehörde und der Kommunalaufsichtsbehörde innerhalb von sechs Monaten Stellung zu nehmen. Dabei ist insbesondere zu berichten, ob und wie den Prüfungsfeststellungen Rechnung getragen wird. Soweit im Prüfungsbericht Angelegenheiten angesprochen worden sind, die dem Schutz personenbezogener Daten oder der Geheimhaltung u.a. nach §§ 11 KAG, 30 AO; § 35 SGB (I), § 88 a LVwG, § 3 Abs. 2 GO unterliegen oder deren Offenbarung nach § 203 StGB mit Strafe bedroht ist, hat die Gemeinde in eigener Verantwortung für die Einhaltung dieser Rechtsvorschriften zu sorgen.

Das Gemeindeprüfungsamt bittet um eine Übersendung der Stellungnahme sowohl in schriftlicher als auch in digitaler Form (pdf-Datei).

Auf die Bekanntmachungs- und Auslegungsvorschriften wird hingewiesen (§ 7 Abs. 5 KPG).

Plön, den 10.10.2017

Die Landrätin  
des Kreises Plön  
-Gemeindeprüfungsamt-  
In Vertretung



(Andreas Timm)

## Anlagen

### 1. Festsetzungen in den Haushaltssatzungen\*

	Haushaltsjahr				
	2012	2013	2014	2015	2016
<b><u>Verwaltungshaushalt</u></b>					
Einnahmen	453.100 €	594.400 €	533.600 €	586.700 €	592.000 €
Ausgaben	453.100 €	594.400 €	533.600 €	586.700 €	592.000 €
Ergebnis/ Fehlbedarf	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b><u>Vermögenshaushalt</u></b>					
Einnahmen und Ausgaben	48.800 €	102.800 €	128.600 €	215.900 €	209.800 €
<b><u>Realsteuer-Hebesätze</u></b>					
Grundsteuer A	350 v.H.	350 v.H.	350 v.H.	350 v.H.	350 v.H.
Grundsteuer B	370 v.H.	370 v.H.	370 v.H.	370 v.H.	370 v.H.
Gewerbesteuer nach Gewerbe- ertrag und Gewerbekapital	350 v.H.	350 v.H.	350 v.H.	350 v.H.	350 v.H.
<b><u>Gesamtbetrag der Kredite</u></b>	0 €	0 €	0 €	146.300 €	134.700 €
<b><u>Gesamtbetrag der Ver- pflichtungsermächtigungen</u></b>	0 €	13.000 €	0 €	0 €	0 €
<b><u>Höchstbetrag der Kassenkredite</u></b>	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b><u>Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen</u></b>	0	0	0	0	0

\*) einschließlich aller Nachträge

## 2. Feststellung der Ergebnisse gemäß § 39 GemHVO-Kameral

	Haushaltsjahr				
	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Verwaltungshaushalt</b>					
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	449.175,77 €	597.593,62 €	547.598,21 €	568.850,30 €	608.672,29 €
- Abgang alter KER	1.091,48 €	-1.961,83 €	80,00 €	-225,57 €	0,00 €
Bereinigte Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	448.084,29 €	599.555,45 €	547.518,21 €	569.075,87 €	608.672,29 €
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	448.084,29 €	599.555,45 €	547.518,21 €	569.075,87 €	608.672,29 €
<u>nachrichtlich:</u>					
Zuführung zum Vermögenshaushalt	16.652,97 €	112.336,00 €	22.036,13 €	43.352,05 €	28.978,96 €
+ - gegenüber Ansatz	-6.947,03 €	23.336,00 €	-3.163,87 €	6.452,05 €	17.378,96 €
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	3.992,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ - gegenüber Ansatz	3.992,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-17.700,00 €
+ neue HAR	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
- Abgang alter HAR	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
- Abgang alter KAR	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	448.084,29 €	599.555,45 €	547.518,21 €	569.075,87 €	608.672,29 €
Ergebnis Verwaltungshaushalt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>Vermögenshaushalt</b>					
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	46.971,80 €	120.717,60 €	102.471,78 €	66.764,25 €	70.173,01 €
+ neue HER	0,00 €	0,00 €	24.000,00 €	149.500,00 €	118.000,00 €
- Abgang alter HER	494,57 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
- Abgang alter KER	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	46.477,23 €	120.717,60 €	126.471,78 €	216.264,25 €	188.173,01 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	48.150,27 €	130.742,60 €	39.509,42 €	89.519,86 €	163.023,29 €
<u>nachrichtlich:</u>					
Überschuss gem. § 39 (3) S. 2 GemHVO	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	21.514,52 €	0,00 €	72.464,93 €	0,00 €	279,96 €
Haushaltsansatz	13.100,00 €	0,00 €	68.200,00 €	0,00 €	19.200,00 €
+ - gegenüber Ansatz	9.414,52 €	0,00 €	4.264,93 €	0,00 €	-18.920,04 €
Zuführung zur Rücklage	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Haushaltsansatz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ - gegenüber Ansatz)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
+ neue HAR	0,00 €	0,00 €	86.962,36 €	126.744,39 €	25.149,72 €
- Abgang alter HAR	1.673,04 €	10.025,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
- Abgang alter KAR	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	46.477,23 €	120.717,60 €	126.471,78 €	216.264,25 €	188.173,01 €
Ergebnis Vermögenshaushalt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Ergebnis Verwaltungshaushalt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Ergebnis Vermögenshaushalt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Ergebnis Gesamthaushalt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

### 3. Entwicklung der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben

	Einnahmen	Ausgaben	Bestand
<b>Haushaltsjahr 2012</b>			
Verwaltungshaushalt	448.096,95 €	452.867,49 €	-4.770,54 €
Vermögenshaushalt	61.002,23 €	50.977,23 €	10.025,00 €
<b>Summe</b>	<b>509.099,18 €</b>	<b>503.844,72 €</b>	<b>5.254,46 €</b>
<b>Haushaltsjahr 2013</b>			
Verwaltungshaushalt	599.344,72 €	604.325,99 €	-4.981,27 €
Vermögenshaushalt	130.742,60 €	130.742,60 €	0,00 €
<b>Summe</b>	<b>730.087,32 €</b>	<b>735.068,59 €</b>	<b>-4.981,27 €</b>
<b>Haushaltsjahr 2014</b>			
Verwaltungshaushalt	548.365,90 €	552.499,48 €	-4.133,58 €
Vermögenshaushalt	102.471,78 €	39.509,42 €	62.962,36 €
<b>Summe</b>	<b>650.837,68 €</b>	<b>592.008,90 €</b>	<b>58.828,78 €</b>
<b>Haushaltsjahr 2015</b>			
Verwaltungshaushalt	571.282,98 €	573.209,45 €	-1.926,47 €
Vermögenshaushalt	153.726,61 €	176.482,22 €	-22.755,61 €
<b>Summe</b>	<b>725.009,59 €</b>	<b>749.691,67 €</b>	<b>-24.682,08 €</b>
<b>Haushaltsjahr 2016</b>			
Verwaltungshaushalt	609.477,10 €	610.598,76 €	-1.121,66 €
Vermögenshaushalt	215.173,01 €	304.082,57 €	-88.909,56 €
<b>Summe</b>	<b>824.650,11 €</b>	<b>914.681,33 €</b>	<b>-90.031,22 €</b>

#### 4. Entwicklung der Steuereinnahmen und allgemeinen Finanzaufweisungen

	Istaufkommen im abgelaufenen Jahr				
	2012	2013	2014	2015	2016
Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A) (000)	16.215,15 €	16.209,14 €	18.045,18 €	17.628,69 €	14.298,81 €
Grundsteuer für Grundstücke (B) (001)	48.497,42 €	49.580,22 €	51.646,46 €	49.939,01 €	51.098,00 €
Gewerbesteuer (003)	83.589,05 €	157.958,41 €	128.823,58 €	158.943,80 €	191.377,74 €
Anteil an der Einkommensteuer (010)	92.911,00 €	104.028,00 €	106.449,00 €	122.924,00 €	127.221,00 €
Anteil an der Umsatzsteuer (012)	6.679,00 €	6.725,00 €	6.900,00 €	5.486,00 €	5.669,00 €
Vergütungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (021)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Hundsteuer (022)	5.067,50 €	4.701,66 €	4.768,32 €	4.275,83 €	4.833,34 €
Zweitwohnungssteuer (027)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Schlüsselzuweisungen (041)	69.948,00 €	138.024,00 €	113.148,00 €	95.916,00 €	67.968,00 €
Mittel gem. § 31a FAG (Familienlastenausgleich) (091)	9.348,00 €	9.636,00 €	10.632,00 €	11.328,00 €	11.988,00 €
Nachzahlungszinsen (265)	39,00 €	687,00 €	456,00 €	1.586,50 €	226,00 €
<b>Summe der allgemeinen Deckungsmittel</b>	<b>332.294,12 €</b>	<b>487.549,43 €</b>	<b>440.868,54 €</b>	<b>468.027,83 €</b>	<b>474.679,89 €</b>
Gewerbesteuerumlage (810)	14.960,00 €	33.160,00 €	27.036,00 €	31.424,00 €	42.805,00 €
Kreisumlage (832)	105.204,00 €	108.300,00 €	126.300,00 €	139.032,00 €	143.136,00 €
Amtsumlage (8322)	42.445,00 €	44.231,33 €	49.524,00 €	55.065,00 €	71.082,39 €
Zusatzamtsumlage SGB II (8323)	3.898,76 €	3.386,03 €	3.875,90 €	0,00 €	0,00 €
Ausgleichszahlungen an das Amt (841)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Erstattungszinsen (845)	431,00 €	13,00 €	0,00 €	46,50 €	31,00 €
<b>Summe der Umlagen</b>	<b>166.938,76 €</b>	<b>189.090,36 €</b>	<b>206.735,90 €</b>	<b>225.567,50 €</b>	<b>257.054,39 €</b>
<b>Überschuss</b>	<b>165.355,36 €</b>	<b>298.459,07 €</b>	<b>234.132,64 €</b>	<b>242.460,33 €</b>	<b>217.625,50 €</b>

## 5. Prüfungsfeststellungen, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird

Nr.	Seite	Bezeichnung/Sachverhalt
III.2	7	Korrektur der Entschädigungssatzung
V.1.2	17	Korrektur Hundesteuersatzung
V.2.1	18	Abwassergebührensatzung
V.2.3	19	Nachkalkulation Feuerwehrgebühren
V.2.4	20	Überprüfung der Straßenreinigungssatzung
	22	Prüfung, ob Straßenreinigungsgebühren erhoben werden können